

Migration und Sicherheit in der Stadt

Impulse für die kommunale Kriminalprävention

Inhalt

1	Einleitung	1
	Worum geht es?	1
	Wie sind wir vorgegangen?	2
	Was erwartet Sie?	3
2	Begriffe – Chancen und Herausforderungen.....	4
	Migration	4
	Integration	5
	Segregation	6
3	Kriminalprävention – Was verstehen wir darunter?.....	7
4	Sicherheit – Was macht Sicherheit aus?	9
5	Empirische Grundlage.....	11
6	Herausforderungen in den Quartieren	13
7	Prävention – Maßnahmen und Vorschläge	19
	● Alt- versus Neuzugezogene	19
	● Bildung (Schule)	22
	● Evaluation, Monitoring	24
	● Gentrifizierung	24
	● Identifikation und Zugehörigkeit	26
	● Infrastruktur und Städtebau.....	28
	● Kriminalität (Drogen, Diebstahl, Betrug)	29
	● Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum.....	30
	● Ordnungswidrigkeiten.....	33
	● Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen	35
	● Vulnerabilitäten.....	37
8	Chancen und Potenziale	43
9	Fazit.....	46
10	Literatur.....	47

1 Einleitung

Im Rahmen des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Verbundprojektes „Migration und Sicherheit in der Stadt (migsst)“ analysierte das Team der Stiftungsprofessur Konflikte bzw. Konfliktpotenziale im Zusammenleben von verschiedenen sozialen und ethnischen Gruppen in vier deutschen Großstädten mit jeweils zwei Quartieren. Mit einem umfassenden und interdisziplinären Forschungsansatz untersuchten wir, welche Risikofaktoren ermittelbar sind und welche Lösungsansätze erarbeitet werden können. Einen Schwerpunkt stellte dabei die Herstellung und Verbesserung der Sicherheit bzw. des Sicherheitsempfindens im Quartier dar. Angelehnt an den Analyseansatz der *Qualified Practice* identifizierten wir mithilfe der empirischen Untersuchungen in den Quartieren Potenziale und Defizite, die die vorliegenden Impulse für die kommunale Kriminalprävention adressieren.

Worum geht es?

Sozial und ethnisch vielfältige Quartiere prägen das Bild zahlreicher deutscher Großstädte. Sie können Abwechslung und Bereicherung ins urbane Leben bringen, aber auch Verunsicherung und Konflikte. Diese Konflikte können sich in Differenzen im Ruhebedürfnis, unterschiedlichen Vorstellungen über die Nutzung gemeinsamer Räumlichkeiten und des öffentlichen Raums, aber auch in Verhaltens-, Sauberkeits- und Ordnungsansprüchen äußern. Dabei sind die Konflikte keinesfalls „kulturbedingt“ und zeigen sich zweifelsohne auch in ethnisch homogenen Quartieren. Doch ausgehend von der Erkenntnis, dass migrantisch geprägte Quartiere häufig

eine geringere Ressourcenausstattung aufweisen und als Ankunftsquartiere größeren Wandlungsprozessen in der Bewohnerschaft oder durch Gentrifizierung unterliegen und damit potenziell anfälliger für Konflikte sind, galt es in *migsst* zu untersuchen, wie es um die Sicherheitswahrnehmung in migrantisch geprägten Quartieren bestellt ist und ob sich Formen von Integration und Segregation auf Konflikte im Quartier auswirken. Eine erste Erkenntnis deutete darauf hin, dass Konflikte und Sicherheit in den Quartieren „ethnisiert“ werden, also mit Vorstellungen von ethnischen und kulturellen Eigenschaften verknüpft werden. Aus diesem Grund waren auch die Wechselwirkungen von Sicherheit

und Ethnisierung genauer zu untersuchen. Der Schwerpunkt lag dabei auf einer quartiersbezogenen Ebene: Es ging darum, die Wahrnehmungen lokaler Problemlagen aus der Sicht von Anwohnenden und Expert:innen im Quartier zu untersuchen.

Wie sind wir vorgegangen?

Um einen tieferen Einblick in die Städte und ihre Quartiere zu bekommen, führten wir neben der Auswertung von Daten zur Sozialstruktur und Sicherheitslage zwei längere Aufenthalte pro Quartier durch. Diese mehrwöchigen Aufenthalte fanden im Spätsommer und Herbst 2019 sowie Anfang März und wieder ab Ende August bis Anfang Oktober 2020 statt. Währenddessen führten wir eine Vielzahl von Interviews und machten etliche Quartiersbegehungen und Beobachtungen. Wir interviewten Mitarbeitende von Polizeien, Ordnungsbehörden, Quartiersmanagements, Vereinen, Verbänden und sozialen Einrichtungen sowie Anwohnende. Die Interviews drehten sich um allgemeinere Fragen zum Quartier, aber auch um spezifischere Fragen über Migration, Sicherheit und den persönlichen Eindruck über

das Leben im Stadtviertel. Durch Ansprechpartner:innen in den jeweiligen Städten stellten wir im ersten Schritt Kontakt zu Schlüsselpersonen in den Quartieren her. Darüber hinaus kontaktierten wir einige der Mitarbeitenden in den Quartieren direkt per E-Mail oder Telefon. Im weiteren Verlauf des Forschungsprojekts gewannen wir über die bisherigen Ansprechpartner:innen und Interviewten weitere Personen in den Quartieren für Interviews. Die Interviews waren meistens zwischen einer und zwei Stunden lang und wurden entlang eines Leitfadens geführt, damit stets zentrale Themen und wichtige Fragen Teil der Gespräche waren. Im Rahmen der Quartiersaufenthalte im Jahr 2020 legten wir den Fokus auf Interviews mit Bewohnenden. Hier thematisierten wir besonders, wie sich die Covid-19-Pandemie auf das Leben im Quartier ausgewirkt hat. Im Zuge dieser zweiten Quartiersaufenthalte wiederholten sich gewisse Themen und Inhalte, so dass die Feldphase abgeschlossen werden konnte. Anschließend wurden alle Interviews und Beobachtungen verschriftlicht und entsprechend der Grounded Theory ausgewertet.¹

¹ Im dritten Working Paper des Verbundprojekts werden die Methoden ausführlich dargestellt und erläutert: https://migsst.de/onewebmedia/migsst%20WP_3%20Methodisch-theoretisches%20Vorgehen.pdf

Was erwartet Sie?

Es handelt sich um einen zweiteiligen Bericht: Im ersten Teil führen wir in die Grundlagen zu zentralen Begriffen und Herangehensweisen ein, die für das Forschungsprojekt allgemein und spezifisch

für die Problembeschreibungen wie auch für die Präventionsempfehlungen relevant sind. Im zweiten Teil liegt der Fokus auf den praxisnahen Präventionsimpulsen, wobei wir auf präventive Projekte und Programme hinweisen.

2 *Begriffe – Chancen und Herausforderungen*

Vorab erläutern wir die für diese Präventionsimpulse grundlegenden Begriffe. Welche Begriffe und wie sie verwendet werden, hat einen Einfluss auf die Wahrnehmung von gesellschaftlichen Ereignissen. Ebenso drücken bestimmte Begrifflichkeiten Einstellungen aus, die Menschen ein- und auch ausschließen können.¹ Beispielsweise beinhaltet schon die Gegenüberstellung von „Einheimischen“ und „Zugewanderten der zweiten Generation“, dass letztere nicht als heimisch angesehen werden. In Anbetracht dieser Überlegungen legen wir die für diese Präventionsimpulse zentralen Begriffe Migration, Integration und Segregation dar.^{II}

Migration

Der Begriff Migration ist vielschichtig. Im soziologischen Sprachgebrauch wird er für Wanderungsbewegungen von Einzelnen oder sozialen Gruppen verwendet, um eine Verlagerung des Wohnorts auszudrücken.² Neben der einmaligen Verlagerung des Wohnorts, spielen ebenfalls die Motive und Gründe für die Migration eine Rolle (z. B. Arbeits- und Fluchtmigration). Migration zeichnet sich dadurch aus, dass Menschen ihren Lebensmittelpunkt verlagern oder zum alten Lebensmittelpunkt ein neuer hinzukommt.³ So definieren die Vereinten Nationen Personen als Migrant:innen, wenn diese für eine Zeitspanne von mindestens einem Jahr den ständigen Wohnsitz von ihrem

Herkunftsland in ein anderes Land verlegen.⁴

In den untersuchten Quartieren leben auch Menschen, die selbst nie gewandert sind, sondern deren Eltern oder Großeltern migriert sind. Diese Personengruppe erfasst u. a. der Begriff „Migrationshintergrund“. Laut Statistischem Bundesamt hat eine Person einen Migrationshintergrund, wenn sie selbst oder mindestens ein Elternteil nicht mit deutscher Staatsangehörigkeit geboren wurde.⁵ Die Kategorie „Personen mit Migrationshintergrund“ steht in der Kritik, da auch Personen ein Migrationshintergrund attestiert wird, die das selbst nicht so wahrnehmen. Entscheidend ist also ebenso die Frage, wer sich selbst als Person mit Migrationshintergrund sieht

^{II} Im [ersten](#) und [vierten](#) Working Paper des Verbundprojekts werden die Begrifflichkeiten ausführlich dargestellt und erläutert.

und/ oder von ihrer Umgebung (durch die sog. Mehrheitsgesellschaft, Institutionen usw.) in dieser Weise wahrgenommen wird.

Hieraus ergibt sich, dass alltägliche wie auch amtliche Bezeichnungen das Ergebnis von Bedeutungszuweisungen sind, die nichts über die Person an sich aussagen können. Amtliche Zuordnungen von Migrant:innen sind aber einerseits in Verwaltungsinstitutionen und Behörden mit ihrer jeweiligen Erfassungs- und Handlungslogik wichtig. Andererseits transportieren diese Begrifflichkeiten auch Vorstellungen darüber, wie Zugehörigkeit (zu einem Nationalstaat, der Gesellschaft usw.) aussehen soll. Diese Vorstellungen prägen auf lokaler Ebene Aushandlungsprozesse über Migration und ethnisch-kulturelle Differenzen.

Integration

Der Sachverständigenrat für Integration und Migration versteht unter Integration eine möglichst chancengleiche Teilhabe aller an den zentralen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens.⁶ Das beginnt bei der Erziehung, der frühen Bildung sowie der schulischen und beruflichen Ausbildung und reicht bis zur politischen Partizipation, mit dem Ziel, ein selbstbestimmtes, nicht transferabhängi-

ges Leben zu führen. Damit weist der Integrationsbegriff Ähnlichkeiten mit der sozialwissenschaftlichen Definition von Integration auf, die vier Dimensionen berücksichtigt:

1) die Kulturation als Erwerb von Wissen, Kompetenzen, Vorlieben und Gewohnheiten, 2) die Interaktion als Aufnahme und Aufrechterhaltung sozialer Beziehungen, 3) die Identifikation als emotionale Hinwendung zu einer Gruppe und die Platzierung als Übernahme von Rechten sowie 4) die Besetzung von Positionen, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, die auch als strukturelle Integration bezeichnet werden kann.⁷

Innerhalb der soziologischen Migrationsdebatte gibt es starke Kritik am Integrationsbegriff, die damit zusammenhängt, dass die Integrationsfrage auf Zuwanderung und die Zuwanderungsfrage auf Integration beschränkt wird. Gleichzeitig enthält der Integrationsbegriff konventionelle Gesellschaftsvorstellungen, also der Gesellschaft als Nation und der Gesellschaft als Gemeinschaft.⁸ Nach diesen Vorstellungen sind Migrant:innen eine Irritation für die territoriale und kulturelle Einheit, auf die mit Integration zu reagieren ist.⁹ Darunter lässt sich eine Vielzahl an teils widersprüchlichen Maßnahmen fassen. Diese Maßnahmen beruhen auf der Unterscheidung

zwischen Einheimischen und Ausländer:innen oder Integrierten und Nicht-Integrierten im Sinne der oben beschriebenen Zuschreibungen. Somit verspricht der Begriff zwar Teilhabe, kann aber in der Praxis zu Exklusion führen.¹⁰ Stattdessen soll Integration in Anlehnung an die Empfehlung der „Fachkommission Integrationsfähigkeit“ als ein dauerhafter, ergebnisoffener und konflikthafter Prozess verstanden werden, der in verschiedenen gesellschaftlichen Subsystemen und auf allen politischen Ebenen stattfindet und alle Mitglieder der Gesellschaft betrifft.¹¹ Fördermaßnahmen sollen somit allen Menschen, die eingeschränkte Partizipationschancen besitzen und nicht migrationspezifisch sind, zugutekommen.

Segregation

Allgemein wird unter Segregation die ungleiche Verteilung von Bevölkerungsgruppen in einem Raum verstanden.¹² Diese statische Sichtweise von Segregation kann um eine dynamische

ergänzt werden, nach der Segregation auch Prozesse von räumlicher Differenzierung, Sortierung oder Separierung beschreibt. Es lassen sich weitere Formen von Segregation unterscheiden. Am häufigsten wird die residenzielle Segregation thematisiert, die die räumliche Verteilung von Wohnorten bestimmter Bevölkerungsgruppen darstellt. Unter residenzielle Segregation fallen die oft relevanten Formen der sozialen, ethnischen und demografischen Segregation. Soziale Segregation bedeutet die ungleiche räumliche Verteilung zwischen Arm und Reich. Ethnische Segregation beschreibt die räumliche Ungleichverteilung unterschiedlicher ethnischer Gruppen und demografische Segregation die ungleiche Verteilung von Jung und Alt.¹³ Im Fokus stehen besonders soziale und ethnische Segregation, beispielsweise wenn sich Menschen in prekären Lebenslagen in städtischen Gebieten konzentrieren oder in einem Quartier Migrant:innen getrennt von der Aufnahmegesellschaft leben.

3 *Kriminalprävention – Was verstehen wir darunter?*

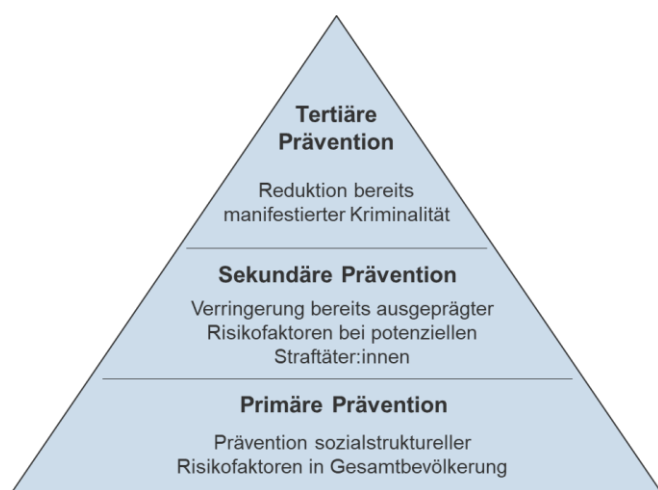
Bei Kriminalprävention geht es um die Vorbeugung von Straftaten. Das Ziel ist, Kriminalität auf gesellschaftlicher und individueller Ebene in Ausmaß und Schwere zu senken oder zumindest die direkten Effekte von Straftaten zu minimieren. Dies soll nicht nur durch das Strafrecht, sondern vielmehr durch eine Reihe von sozial-, bildungs- oder sonstigen politischen Maßnahmen zur Kriminalprävention erreicht werden.

Die Vielzahl an unterschiedlichen Konzeptionen und Zielgruppen kriminalpräventiver Maßnahmen macht es schwer, eine allgemeingültige und präzise Definition über Kriminalprävention zu finden.¹⁴ Denn was fällt alles unter Kriminalprävention oder wirkt kriminalpräventiv? Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass es bei Kriminalprävention, anders als bei der repressiven Verfolgung, keine klaren Zuständigkeiten gibt.¹⁵ Neben staatlichen Akteuren han-

delt es sich bei Trägern kriminalpräventiver Maßnahmen häufig um private Akteure, wie beispielsweise Vereine und Verbände.¹⁶

Die Konzeption kriminalpräventiver Maßnahmen variiert zwischen der Art der vorzubeugenden Kriminalität und der Zielgruppe, denn sie kann tat-, täter- und opferorientiert sein.¹⁷ Dabei gibt es drei Ebenen der Kriminalprävention (Abb. 1). Die erste Ebene ist die der primären bzw. universellen Kriminalprävention, unter die Maßnahmen für die Gesamtbevölkerung oder Bevölkerungsteile gefasst werden. Es geht folglich um die Beseitigung grundlegender Ursachen von Kriminalität, wie die Verringerung von sozialstrukturellen Risikofaktoren oder sozialisationsbedingten Defiziten durch möglichst frühzeitige Intervention.¹⁸ Unter sekundärer bzw. selektiver Kriminalprävention versteht man die Verringerung bereits ausgeprägter Risikofaktoren in einem kurz-

Abbildung 1: Präventionspyramide (eigene Darstellung)



und mittelfristigen Zeitraum. In diesem Kontext soll auf potenzielle Straftäter:innen (z. B. Verschlechterung von Tatgelegenheiten) positiv eingewirkt werden.¹⁹ Nach Begehung einer Straftat ist es das Ziel kriminalpräventiver Maßnahmen, auf der tertiären bzw. indizierten Ebene einen Rückfall zu vermeiden (z. B. Begleitung nach der Haftentlassung).²⁰

Kriminalprävention ist trotz oder gerade wegen ihres vielfältigen Wirkungspotenzials nicht frei von Widersprüchen. Einerseits kann Prävention zu immer mehr Prävention führen, wenn das Scheitern einer Maßnahme nicht auf ihre Konzeption zurückgeführt wird, sondern darauf, dass es nicht genug Prävention gab. Andererseits sind die Effekte von gelungener Prävention oft nicht sichtbar oder bemerkbar, so dass posi-

tive Entwicklungen nicht mit den ergriffenen Maßnahmen in Verbindung gebracht werden (sog. Präventionsparadox).

Des Weiteren setzt Prävention ein Risiko voraus, das (Sicherheits-)Akteure aus Einrichtungen und Behörden identifizieren und definieren. Das kann dazu führen, dass bestimmte Personengruppen (z. B. junge, alleinstehende, männliche Migranten) als Risikoträger:innen gelten. Diese Risikoeinordnung kann jedoch stigmatisieren und ist deshalb immer wieder zu hinterfragen: Warum und wann wird etwas als Problem sichtbar? Und wie soll auf die wahrgenommenen Problemverursachenden reagiert werden?²¹

In der Praxis werden wissenschaftliche Erkenntnisse vielfach nicht umgesetzt, da es u. a. an der finanziellen Förderung fehlt.

4 Sicherheit – Was macht Sicherheit aus?

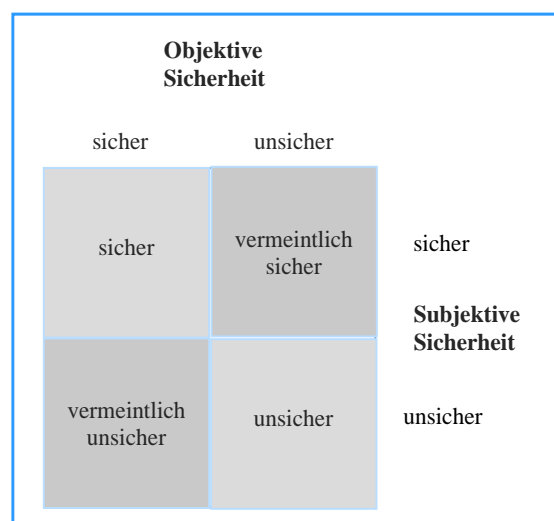
Sicherheit ist ein elementares menschliches Grundbedürfnis mit vielen Facetten. Vorstellungen, was Sicherheit für Individuen und Gesellschaften bedeutet, wandeln sich ständig abhängig vom spezifischen zeitlichen und räumlichen Kontext.²²

Sicherheit ist ein emotional und normativ aufgeladener Begriff, der sowohl negativ als auch positiv definiert werden kann. Die negative Bestimmung des Begriffs bedeutet dabei das Fehlen von persönlichen und gesellschaftlichen Bedrohungen. Die positive Definition umfasst Aspekte wie Lebensqualität, Freiheit von Angst, Geborgenheit sowie Vertrauen in andere Personen und in gesellschaftliche Institutionen.²³ Zudem ist Sicherheit zukunftsorientiert und beinhaltet damit Ungewissheit.²⁴

Immer wieder fallen objektive und subjektive Sicherheiten auseinander, die das Sicherheitsquadrat (s. Abb. 2) abbilden kann. Während sich objektive und subjektive Sicherheit in den Quadranten „sicher“ und „unsicher“ decken, weichen diese in den Quadranten „vermeintlich sicher“ und „vermeintlich unsicher“ voneinander ab.²⁵ Ein Beispiel für „vermeintlich sicher“ mag die Hitzewelle aus dem Jahr 2003 sein, die zwar 9.355 Todesopfer nach sich zog, jedoch vielen

Menschen als eine angenehme Ausnahme in Erinnerung geblieben sein dürfte.²⁶ Im Zuge des wachsenden Bewusstseins um den Klimawandel sehen Teile der Bevölkerung Hitze und Trockenheit aber mittlerweile kritischer.

Abbildung 2: Sicherheitsquadrat
(vgl. Haverkamp/Arnold 2015: 53)



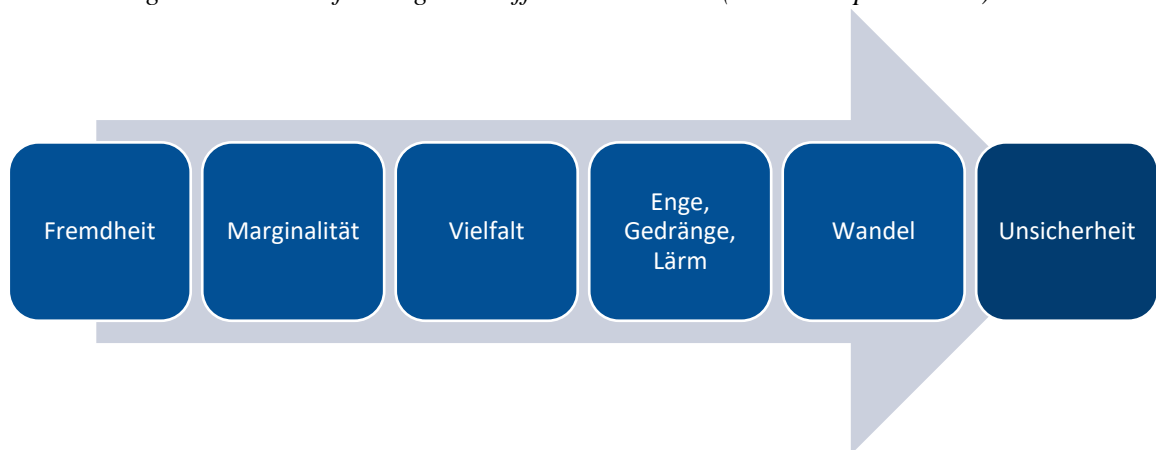
Gefühlte Sicherheit zieht in den letzten Jahren mehr und mehr Aufmerksamkeit in Politik, Praxis und Wissenschaft auf sich. In Viktimisierungsstudien scheinen sich hinter Kriminalitätsfurcht auch allgemeine individuelle und gesellschaftliche Ängste (z. B. Angst vor

Krankheiten, Armut im Alter, Auswirkungen der Globalisierung, Angst vor Geflüchteten) zu verbergen, die durch einen strukturellen und sozialen Wandel ausgelöst werden.²⁷

Pluralisierte und diversifizierte Lebenswelten, wie in den Untersuchungsquartieren von *migsst*, können diese Unsicherheiten noch verstärken. Auch hängt das Sicherheitsempfinden von eigenen Erfahrungen im öffentlichen Raum ab (s. Abb. 3). Fühle ich mich in einer Gegend fremd, so beäuge ich meine Mitmenschen unter Umständen misstrauischer. Eine empfundene Marginalität kann hinzukommen, wenn ich mich an einem Ort nicht zugehörig fühle. Vielfalt, Lärm, Gedränge usw. können meine Verunsicherung dabei noch verstärken. Veränderungen im Quartier, die ich nicht beeinflussen kann, können mich ebenfalls verunsichern.

Für Kommunen ist es daher wichtig, die vielfältigen Sicherheitsbedürfnisse aller wahrzunehmen. Widerstreitende Sicherheitsinteressen erfordern Abwägungen. Beispielsweise können Frauen in einer männlich dominierten Nachbarschaft einen höheren Sicherheitsbedarf besonders bei Dunkelheit haben. Der Versuch, unterschiedlichen Sicherheitsinteressen gerecht zu werden, erfordert Kompromisse, die zwischen den Betroffenen selbst oder unter Hinzuziehung von Akteuren ausgehandelt werden. Eine Konsenslösung kann aber nur dann tragfähig sein, wenn die Herstellung von Sicherheit als fortlaufender Prozess verstanden wird und weitere Aushandlungen über ein sicheres und gutes Leben in der Nachbarschaft erfolgen. Im Umgang mit (Un-)Sicherheiten sollte schließlich Resilienz Berücksichtigung finden.

Abbildung 3: Zentrale Erfahrungen im öffentlichen Raum (Haverkamp 2020: 90)



5 *Empirische Grundlage*

Die in den folgenden Kapiteln dargestellten Herausforderungen und Präventionsimpulse identifizierten wir auf Grundlage der empirischen Forschungsergebnisse. Dafür werteten wir sozialstrukturelle und kriminalpolizeiliche Daten, 92 Interviews mit Expert:innen und Anwohnenden sowie Beobachtungsprotokolle und Feldnotizen aus insgesamt acht Quartieren in vier Städten aus (s. Abb. 4).

Der Schwerpunkt der empirischen Forschung lag auf der qualitativen Erschließung von Problembeschreibungen und Potenzialen in den Städten. In den Quartiersbegehungen sowie in Gesprächen und Interviews mit in den Quartieren Arbeitenden und Wohnenden stellten sich dabei jeweils vier inhaltlich rele-

vante Schwerpunkte heraus. Zwar ähneln sich diese Schwerpunkte in den Quartieren größtenteils, doch gibt es auch Unterschiede: Während Nutzungskonflikte überall von Bedeutung sind, spielt Gentrifizierung teilweise eine Rolle.

Abbildung 4: *Empirische Analyse*



Insgesamt wurden 92 leitfadengestützte Interviews in den acht untersuchten Quartieren in vier Städten geführt (s. Tab. 1). Die Interviews wurden von der Stiftungsprofessur für Kriminalprävention und Risikomanagement in Zusammenarbeit mit dem Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung NRW durchgeführt. Befragt wurden Anwohnende sowie Expert:innen aus Bildungseinrichtungen, Vereinen, Wohnungsbaugesellschaften,

Quartiersmanagementbüros, Nachbarschaftszentren, Geschäften und Gastronomie, religiösen Einrichtungen, aus der Stadtverwaltung, sozialen Arbeit und der Polizei. Darüber hinaus wurde ethnografische Feldforschung im Sinne von teilnehmenden Beobachtungen und geführten Quartiersbegehungen durchgeführt. Darunter fiel in den Quartieren die Teilnahme an Koordinationsrunden, mehrtägige Aufenthalte sowie tageweise Feldbegehungen, zu denen Interviews vor Ort geführt wurden.

Tabelle 1: Anzahl der Interviews pro Stadt und Quartier

STADT	QUARTIER	ANZAHL INTERVIEWS
STADT A	Quartier a	14
	Quartier b	10
STADT B	Quartier a	9
	Quartier b	12
STADT C	Quartier a	9
	Quartier b	8
STADT D	Quartier a	30
	Quartier b	

6 Herausforderungen in den Quartieren

Auf Grundlage der empirischen Forschung fanden wir die in diesem Kapitel dargestellten Herausforderungen, die entweder in allen acht Quartieren auftraten oder in einzelnen der untersuchten Quartiere. Letztere können auch in anderen Städten vorkommen und werden daher als mögliche Herausforderungen in migrantisch geprägten Quartieren aufgenommen. Dabei überschneiden sich die verschiedenen Herausforderungen.

● Alt- versus Neuzugezogene

Ethnisch vielfältige Quartiere haben häufig einen „schlechten Ruf“ (s. *Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen*). Deshalb erfährt die dort lebende alteingesessene Wohnbevölkerung Stigmatisierungen von außerhalb, aber infolge von Gentrifizierung auch innerhalb des Quartiers (s. *Gentrifizierung*). Ökonomisch Bessergestellte bringen ihre negativen Vorstellungen von einem „alten, abgehängten“ Quartiers mit und grenzen sich tendenziell von den Alteingesessenen ab, indem sie beispielsweise ihre Kinder auf Privatschulen schicken (s. *Bildung*). In der Folge bilden sich keine sozialen Netzwerke, Alteingesessene und Neuzugezogene gehen kaum Nachbarschaftsbeziehungen ein. Dahinter können unterschiedliche ethnisch-kulturelle Prägungen stecken, so dass sich Ausgrenzungsprozesse bei fortschreitender Gentrifizierung verstärken können.

Umgekehrt stigmatisieren Alteingesessene Neuzugezogene, wenn sie diese aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit und prekären sozialen Lage als unterlegen wahrnehmen (s. *Identifikation und Zugehörigkeit*). Von Ausgrenzung sind insbesondere neuzugezogene Rom:nja betroffen: Sie gelten als Außenseiter:innen, die vielfältige Diskriminierungen und Stigmatisierungen von den Alteingesessenen erfahren.

Alteingesessene und Neuzugezogene, insbesondere mit Migrationshintergrund, sehen sich mit hohen Erwartungen an die Integration konfrontiert. Aus der sich hieraus ergebenden Überforderung mancher Menschen erwächst die Gefahr einer Verfestigung von Stigmatisierung und Ausgrenzung, die sich vor allem in Konflikten zwischen Alt- und Neuzugezogenen äußert. So können zu hohe Integrationserwartungen innerhalb von heterogenen migrantischen Bewohnerschaften Abgrenzungstendenzen ver-

stärken und Wahrnehmungen von „guten“ und „schlechten“ Migrant:innen fördern.

● Bildung

Mit der erlebten Stigmatisierung hängt nicht nur die Bildungssegregation zusammen, sondern auch die ökonomische Ungleichheit (s. *Vulnerabilitäten*). Unter Bildungssegregation ist hier nicht – wie sonst üblich – das mehrgliedrige Schulsystem gemeint, sondern die räumlich ungleiche Verteilung von Bildungsressourcen und -chancen. Diese Bildungssegregation äußert sich beispielsweise darin, dass bildungsnahe und aufstiegsbewusste Familien ihre Kinder in anderen Stadtteilen einschulen oder zum Zeitpunkt der Einschulung aus den benachteiligten Quartieren wegziehen. Das Fehlen eines Gymnasiums im Quartier kommt als weitere Benachteiligung hinzu, die das Image des Quartiers als „migrantisch“, „Arbeiterschicht“ und „bildungsfern“ konsolidiert.

● Gentrifizierung

Der Gentrifizierungsdruck erreicht viele Quartiere in begehrten Ballungsgebieten. Dies zeigt sich u. a. in steigenden Mieten und dem Wandel der Gewerbestruktur. Sozialwohnungen werden in Eigentumswohnungen umgewandelt,

neue Bauprojekte dienen als Investmentobjekte für eine gutverdienende Klientel. Infolgedessen müssen immer mehr Alteingesessene aus ihrem vertrauten Quartier wegziehen und Besserverdienenden Platz machen (s. *Alt- versus Neuzugezogene*). Mitunter stoßen diese Aufwertungsprozesse auf Zuspruch, um so soziale Milieus breiter zu durchmischen und aufzulockern. Die vielerorts zu beobachtende Gentrifizierung ruft jedoch massive Kritik hervor und Mietinitiativen auf den Plan. Auf lokaler Ebene sind den Kommunen oft die Hände gebunden. Das vormals beliebte Vorkaufrecht aus Gründen des Milieuschutzes kassierte das Bundesverwaltungsgericht im Jahr 2021 weitgehend; nunmehr kommt es wohl nur noch für „Schrottimobilien“ in Betracht.

● Identifikation und Zugehörigkeit

Hohe Zuwanderung im Quartier bedeutet für die etablierte Bevölkerung einen Wandel des Nachbarschaftsgefüges (s. *Alt- versus Neuzugezogene*). Spannungen entstehen, wenn Alteingesessene die Neuzugezogenen als kulturell-ethnisch anders wahrnehmen und ihnen negative Phänomene zuschreiben. Daraus resultierende Konflikte werden häufig mit anderen „Lebensgewohnheiten“ in Verbindung gebracht. Dabei wird die Frage

nach der Verträglichkeit von Zuwanderung für die alteingesessene (deutsche) Bevölkerung aufgeworfen, da die erhöhte Sichtbarkeit von Fremden Bedrohungsgefühle hervorrufen kann. Darüber hinaus spielt die Frage nach der Zugehörigkeit zum Quartier eine entscheidende Rolle. Insbesondere großen Arbeitgebenden oder (Sport-)Vereinen wird dabei eine besondere integrative und identitätsstiftende Wirkung beigegeben.

● **Infrastruktur und Städtebau**

In Quartieren gibt es klar abgrenzbare Areale, die sich baulich stark unterscheiden und verschiedentlich gut miteinander verbunden sind. So fragmentieren Straßen, Gleise oder Absperrungen ein Quartier. Breite Verkehrsstraßen und -zubringer bieten zwar eine gute Anbindung an die Autobahn, doch schränkt der überwiegende Durchgangsverkehr die Verweilqualität im Quartier massiv ein.

Die Separierung von Quartieren kann sich durch die äußere Gestaltung und Lage ungünstig auf die dort wohnenden Menschen auswirken (s. *Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen*). Ein herausstechendes Beispiel sind isolierte Hochhaussiedlungen, die beispielsweise durch mehrspurige und stark befahrene

Verbindungsstraßen vom Stadtteil getrennt und dadurch nur eingeschränkt zugänglich sind.

Das Erscheinungsbild eines Quartiers beeinträchtigen sog. Problemimmobilien. Solche Liegenschaften weisen bauliche Missstände oder Verwahrlosungserscheinungen auf und können deshalb nicht entsprechend ihrem bestimmungsgemäßen Zweck genutzt werden. Dies wirkt sich negativ auf ein Quartier aus: von einer wohnungswirtschaftlichen Abwärtsspirale, baulichen Gefahren für Anwohnende, Ratten- und Schädlingsbefall bis hin zur Entstehung von Angsträumen. Die überbezahlte Vermietung an Zugewanderte ohne Chance auf dem regulären Wohnungsmarkt sorgt wiederum für soziale Konflikte in der Nachbarschaft, da die dort hausenden Menschen irrtümlicherweise für den desaströsen Zustand der Immobilien verantwortlich gemacht werden (s. *Identifikation und Zugehörigkeit*).

● **Kriminalität (Drogenhandel)**

Neben dem Drogenhandel dienen Hehlererei, Diebstahl und Internetbetrug dazu, schnell Geld zu verdienen, um sich Statussymbole anzuschaffen und um ebenso die Anerkennung der peer group zu gewinnen. Perspektivlosigkeit und Langeweile können zu Straftaten und Auseinandersetzungen mit der Polizei

verleiten, was wiederum als Auszeichnung angesehen werden kann (s. *Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen*). Mitunter ist der Respekt vor der Polizei weniger ausgeprägt.

Auch die angespannte finanzielle Lage vieler Familien ist ein Grund, weshalb das Drogengeschäft für einige Jugendliche und Heranwachsende eine attraktive Einnahmequelle darstellt (s. *Vulnerabilitäten*). Die Möglichkeit, damit leicht Geld zu verdienen, nährt die Befürchtung, dass viele junge Menschen in den Drogenhandel abgleiten und eine kriminelle Laufbahn einschlagen.

● **Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum**

In Quartieren kommt es zu Nutzungskonflikten. Dabei geht es oft um Jugendliche. Vielerorts fehlt es ihnen in dicht bebauten Siedlungen an Frei- und Rückzugsräumen sowie an Freizeiteinrichtungen und Begegnungsstätten. Geeignete Aufenthaltsorte (z. B. Hinterhöfe) sind entweder verschlossen oder so gestaltet, dass sich Jugendliche dort nicht aufhalten können. So bleibt ihnen nur der Aufenthalt auf den Straßen. Sie suchen sich dann Orte, an denen sich andere Bewohnende gestört fühlen oder ihr Aufenthalt nicht geduldet bzw. erlaubt ist (z. B. Spielplätze). Spielplätze wer-

den mit Zigarettenresten und (zerbrochenen) Alkoholflaschen vermüllt (s. *Müll*), die eine Gesundheitsgefährdung für Kinder darstellen; Anliegende beklagen sich über den Lärm. Desgleichen beschwerten sich Gewerbetreibende über Jugendliche in der Nähe ihrer Geschäfte. Vielfach werden sie als störend wahrgenommen und sind in der Nachbarschaft unerwünscht.

Außerdem führen mitunter Übernachtungsunterkünfte für Obdachlose zu Konflikten, weil sich Anwohnende und Sitzbanknutzende an ihnen stören, wenn sie Sitzgelegenheiten an Bushaltestellen und im öffentlichen Raum nutzen.

● **Ordnungswidrigkeiten**

Für die Aufenthaltsqualität in den Quartieren spielen Ordnungswidrigkeiten eine bedeutsamere Rolle als Kriminalität. Im Fokus stehen dabei immer wieder die ordnungswidrige Müllentsorgung, Hundekot und die Belästigung durch Lärm (s. *Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum*).

Ordnungswidrig entsorgter Müll stellt häufig ein Problem dar. Illegale Müllansammlungen ziehen Ratten an und bieten ideale Bedingungen für ihr Wachstum. Noch dazu ist der sog. „Sperrmülltourismus“ verbreitet. Danach beseiti-

gen nicht im Quartier wohnende Personen ihren (Sperr-)Müll ordnungswidrig in anderen Quartieren.

Vermüllung löst Konflikte in der Nachbarschaft aus, die immer wieder auf vermeintlich ethnisch-kulturelle Differenzen zurückgeführt werden (s. *Identifikation und Zugehörigkeit*). Teile der alteingesessenen Bewohnerschaft halten Neuzugezogene aus dem Ausland für die Verursachenden von Müll (s. *Alt-versus Neuzugezogene*). Müll stellt somit oft eine zentrale Konfliktlinie dar, über die viele Ausgrenzungen erfolgt.

● Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen

Ein seit Jahrzehnten etablierter „schlechter Ruf“ eines Quartiers lässt sich schwerlich abschütteln und führt immer wieder zu Diskriminierungen und Stigmatisierungen der dort ansässigen Bewohnenden (s. *Alt-versus Neuzugezogene*). Aufgrund ihres Wohnorts – auch durch die städtebauliche Trennung (z. B. Bahnschienen) – bestehen für sie Zugangsbarrieren zu ökonomischen und kulturellen Ressourcen (s. *Infrastruktur und Städtebau*).

Die Stigmatisierung schlägt sich nicht nur in der medialen Berichterstattung nieder, sondern wirkt sich diskriminierend auf Jugendliche mit Migrationshintergrund aus. Wegen der Straßen- oder

Quartiersnamen sind sie schon bei der Bewerbung benachteiligt, so dass es ihnen schwerfällt, überhaupt einen Ausbildungsplatz zu finden. Solche Erlebnisse verstärken bei ihnen das Gefühl der Hilflosigkeit, dieser Stigmatisierung nicht entkommen zu können. Dies kann zu einer „selbsterfüllenden Prophezeiung“ führen, indem einige Betroffene die Vorurteile und Stereotype annehmen und diese dann bestätigen.

Manche rutschen in die Kriminalität ab: wohl nicht nur aufgrund ihrer Perspektivlosigkeit, sondern auch wegen der Integrationsanforderungen. So transportiert der medial verbreitete Begriff „Jugendliche mit Migrationshintergrund“ ein negatives Bild. In der Folge verstehen die davon betroffenen „Deutschsein“ als Aufforderung und zugleich als fast unerreichbares Privileg, da die Bemühungen um das Deutschsein kaum Anerkennung erhalten. Hierzu gesellt sich die Erwartung der Eltern, sich an deren „kulturelle Normen“ zu halten. Somit sehen sich Jugendliche mit Migrationshintergrund mit multiplen Anforderungen konfrontiert, die sie kaum einlösen können. Die hieraus erwachsenden Frustrationen können in Aggressionen und falschen Feindbildern münden.

● Vulnerabilitäten

Im Hinblick auf Bildung, Arbeit und Teilhabe ergeben sich Vulnerabilitäten in ethnisch vielfältigen Quartieren. Die mit einer hohen Arbeitslosigkeit einhergehenden geringeren (ökonomischen) Ressourcen können besonders in Haushalten mit Kindern und Jugendlichen dazu führen, dass die zivilgesellschaftliche Partizipation und die Bildungsteilhabe gefährdet sind (s. *Bildung*). Bei der Bildung, vor allem in der Grundschule, zeigt sich ein erhöhter Förderbedarf der Kinder. Ein geringer Partizipationsindex (Teilhabe und Benachteiligung im Bereich Bildung, Integration, wirtschaftliche Lage, Gesundheit, Umwelt/Wohnen) bedingt auch eine kurze Wohndauer vieler Familien. Damit hängt eine kurze Kita-Besuchsdauer zusammen, so dass zahlreiche Kinder Defizite in der elementaren Entwicklungskompetenz

und unzureichende Deutschkenntnisse aufweisen.

Auch stellt sich die geringe Beschwerdemacht von vielen (nichtdeutschen) Bewohnenden als Problem dar: Mangels Informationen zu Verträgen, Behördengängen usw. und aufgrund sprachlicher Barrieren können sich die Bewohnenden nicht durchsetzen bzw. Gehör verschaffen. Zudem haben kinderreiche Familien Schwierigkeiten Wohnungen zu finden, da viele Vermietende nur an Familien mit zwei bis drei Kindern vermieten. Dies führt gelegentlich dazu, dass nicht alle Kinder gemeldet sind und die unangemeldeten schulpflichtigen Kinder keine Schule besuchen. Einige Kinder haben aufgrund der kurzen Wohndauer an unterschiedlichen Wohnorten kaum bzw. keine Schulerfahrung. Hieraus ergeben sich erhebliche Integrationsprobleme.

7 *Prävention – Maßnahmen und Vorschläge*

Die geschilderten Herausforderungen in den Quartieren machen präventive Maßnahmen erforderlich. Anhand der konkreten Herausforderungen geben wir Präventionsimpulse, die wir als Anregungen verstehen. Manche Maßnahmen sind dem [SiBa-Werkzeugkasten](#) (Haverkamp et al. 2020) entnommen. Die Präventionsimpulse stellen nur eine kleine Auswahl aus einer Vielzahl von sinnvollen und mitunter evidenzbasierten Maßnahmen dar, die ebenfalls in Betracht kommen. Für einen schnellen Überblick listen wir die Vorschläge stichwortartig am Ende des Kapitels in Tabelle 2 auf.

○ **Alt- versus Neuzugezogene**

In den Gesprächen zeigt sich häufig eine gespaltene Wahrnehmung: Alteingesessene nehmen ihr Quartier anders wahr als Neuhinzugezogene. Diese Konstellationen sind weder dauerhaft noch ethnisch bedingt, vielmehr geht es um ethnisch-kulturelle Unterschiede. Dabei handelt es sich um Ausgrenzungsprozesse, die entlang sozio-ökonomischer Merkmale verlaufen. Dies kann negative Folgen auf die Ausbildung funktionierender sozialer Netzwerke und Nachbarschaftsbeziehungen haben.

„Akate!“ („Hier!“)

Das Projekt vermittelt niederschwellig Grundinformationen über Sinti:zze und Rom:nja an verschiedene Akteure in den Bereichen Bildung, Antirassismus und soziale Arbeit (Begegnungszentren,

Freizeiteinrichtungen, Schulen, Vereine, Nachbarschaftsinitiativen usw.). Die Veranstaltungen reichen von Workshops für Schüler:innen und für Multiplikatoren über öffentliche Kulturevents bis hin zu semi- und nichtöffentlichen Treffen mit lokalen Akteuren und informellen Beratungsangeboten. Konkret geht es um Nachbarschaftsfrühstücke, antirassistische Spielenachmittage, Peer-Diskussionen in Jugendzentren mit jungen Rom:nja sowie die Teilnahme an Quartiersfesten und Konferenzen.

→ [Akate!](#)

Begegnungszentren stärken

Begegnungszentren stellen ein sozio-kulturelles Angebot für Anwohnende dar, die neben Beratungs- und Informationsangeboten Freizeitangebote bereitstellen und Anwohnenden ermöglichen,

selbst Veranstaltungen zu organisieren. Auf diese Weise können sich Bürger:innen in ihrem Viertel engagieren, die lokale Identität stärken und integrierend wirken. Die Angebote organisieren städtische Mitarbeitende u. a. in Kooperation mit Bürger:innen, ortansässigen Vereinen und Kirchengemeinden. Dazu zählen auch Mehrgenerationenhäuser oder interkulturelle Kompetenzzentren, die Bildungs- und Beratungsangebote vorhalten, das vielfältige Zusammenleben fördern und Räumlichkeiten anbieten.

→ [Mehrgenerationenhäuser](#)

Camping für Gemeinssinn

Grünflächen ließen sich für ein Nachbarschaft-Zeltwochenende nutzen, um Menschen mit unterschiedlichen sozioökonomischen und kulturellen Hintergründen zusammenzubringen. Ein solches Wochenende könnte als Anstoß dienen, den nachbarschaftlichen Zusammenhalt und die Zugehörigkeit im Quartier aufzubauen bzw. zu stärken. Erfahrungen mit Nachbarschaft-Zeltplätzen zeigen, dass einige Teilnehmende, die sich zuvor nicht einbrachten, sich anschließend auf Dauer ehrenamtlich in ihrer Nachbarschaft engagieren. Die Ziele bestehen in der Förderung des sozialen Zusammenhalts, der Ermöglichung eines Erlebnisses für Menschen, die sonst

keinen Urlaub machen, und der Aktivierung von Bürger:innen. Ausgehend von Amsterdam hat sich seit 2013 in den Niederlanden Nachbarschaft-Camping in mehreren Großstädten mit 35 Zeltplätzen etabliert. Als Gründe für die erfolgreiche Verbreitung gelten die klaren Qualitätskriterien, ein nachvollziehbarer Kostenplan, ein Praxishandbuch, eine durchdachte Evaluation und eine Webseite für den Ideenaustausch zwischen den Engagierten.

→ ‚[De Buurtcamping](#)‘ und <https://de-buurtcamping.nl/>

„Dikhen amen!“ („Seht uns!“)

Die interkulturelle Jugendselfstorganisation von Rom:nja und Nicht-Rom:nja Amaro Drom e. V. („Unser Weg“) steht für die politische und gesellschaftliche Beteiligung junger Menschen durch Empowerment, Mobilisierung und Selbstorganisation. Im Projekt „Dikhen amen!“ entstanden Methoden für Jugendbildungsarbeit aus Erfahrungen und Lebensrealitäten junger Rom:nja und Sinti:zze. Zudem absolvierten junge Rom:nja und Sinti:zze eine Ausbildung zu Multiplikator:innen, um Empowerment-Workshops für junge Angehörige der Minderheit und Workshops zur Sensibilisierung bzgl. Antiziganismus für junge Angehörige der sog. Mehrheitsgesellschaft durchführen zu können. Das

dazugehörige dreiteilige Praxishandbuch steht zum Download bereit und enthält Hintergrundwissen zu Antiziganismus und Empowerment, Methoden für die politische Bildungsarbeit sowie verschiedene themenrelevante Materialien.

→ [Dikhen amen!](#)

Fit für kulturelle Vielfalt

Das seit 2006 bundesweit umgesetzte Programm möchte fremdenfeindliche Einstellungen unter 13- bis 21-jährigen Schüler:innen durch die (Weiter-)Entwicklung interkultureller und sozialer (Handlungs-)Kompetenzen abbauen. Das strukturierte Verhaltenstraining soll mehr Offenheit, Akzeptanz und Verständnis für andere Kulturen bewirken. Professionelle Trainer:innen üben mit den Teilnehmenden einmal pro Woche in geschlechtergemischten Gruppen sechs Monate lang anhand von 17 verschiedenen Modulen (z. B. wo komme ich her?). Die Effektivität wird laut [Grüner Liste](#) als wahrscheinlich eingeschätzt. Online-Materialien stehen zur Verfügung.

→ [Fit für kulturelle Vielfalt](#) und [Literatur](#)

Gemeinwesenarbeit

In Wohnumgebungen, die der Gentrifizierung unterliegen, findet sich eine

große soziale Durchmischung, die sowohl die Alteingesessenen als auch die Neuzugezogenen als verunsichernd empfinden können. Um in der Nachbarschaft Diversität zu leben, bedarf es positiver Begegnungen. Gemeinwesenagenturen können Prozesse der Ausbildung eines funktionierenden sozialen Netzwerkes in der Nachbarschaft begleiten und unterstützen. Zum einen ermöglichen Veranstaltungen (z. B. Picknicks im Park) Begegnungen und einen Austausch, zum anderen lassen sich durch Mediation Konflikte zwischen Parteien schlichten. Im Wiener Gemeindebau ist die soziale Dimension des Zusammenlebens essenziell und erfährt durch eine Gemeinwesenagentur besondere Aufmerksamkeit.

→ Beispiel [Wohnpartner Wien](#)

ReFIT

Das ReFIT-Programm (Regionale Förderung von Inklusion und Teilhabe) ist ein Beratungsinstrument mit einem Werkzeugkasten für Kommunen vom VDSR/BW (Verband Deutscher Sinti und Roma Landesverband Baden-Württemberg), um Strukturen für eine gleichberechtigte Teilhabe von Sinti:zze und Rom:nja zu etablieren. Nach einer lokalen Bedarfsanalyse unter Berücksichtigung von Diskriminierungsstrukturen und der Bildungssituation erfolgt eine

Sichtung des kommunalen Regelangebots und eine Beurteilung von deren Sinn für die Bedarfe der Minderheit. ReFIT möchte Vertrauen in „geschützten Räumen“ schaffen und gemeinsame Ziele mit den Angehörigen der Minderheit entwickeln (z. B. Schulungen, Empowerment, Runde Tische, Projektwoche an Schulen). Zur Qualitätssicherung und Weiterentwicklung wird ReFIT wissenschaftlich begleitet und evaluiert.

→ [ReFIT](#)

● **Bildung (Schule)**

Deutschland kennzeichnet Bildungungleichheit: Bekanntlich hängt hierzulande der Bildungserfolg von Kindern enorm von ihrem Elternhaus ab. Während der Covid-19-Pandemie hat sich dieser Missstand weiter verschärft, so dass kompensatorische Maßnahmen überfällig sind. Allerdings steht Grundschulen nur wenig Zeit zur Verfügung, um Lernrückstände bis zum richtungsweisenden Übergang in die Sekundärstufe auszugleichen. Gibt es überdies kein Gymnasium in einem migrantisch geprägten Quartier, so kann dieser Umstand als Vernachlässigung gedeutet werden und das Gefühl der Stigmatisierung bestärken. Zugleich wird Bildungssegregation unter Kindern aus Familien begünstigt, die über unterschiedliches

soziales und ökonomisches Kapital verfügen. Ebenso kann sich diese Segregation auf die Qualität der vorhandenen Schulen negativ auswirken.

buddY-Programm

Mit dem „buddY-Programm“ gibt es ein im Schulkontext umgesetztes Projekt, dass in Evaluationsstudien positive Ergebnisse gezeigt hat. Unter dem Motto „Aufeinander achten. Füreinander da. Miteinander lernen.“ engagieren sich sog. „buddYs“ (buddy = englisch für Kumpel) als Pat:innen für jüngere Mitschüler:innen, helfen beim Lernen, dem Umgang mit digitalen Medien und stehen als Mediator:innen und Ansprechpersonen bei Problemen zur Verfügung. Das buddY-Programm kann auch im außerschulischen Kontext stattfinden.

→ [buddy-Programm](#)

Ganztagschulen ausbauen

In Stadtvierteln, deren Bewohnerschaft bildungsfern ist, die deutsche Sprache nicht beherrscht und/oder in sozial prekären Verhältnissen lebt, lässt sich mehr Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit durch Ganztagschulen erreichen. Die Ganztagsbeschulung umfasst andere Formen des Unterrichts (z. B. Rhythmisierung) und außerunterrichtliche Bildungs- und Freizeitangebote, die in multiprofessionellen Teams und in

außerschulischer Kooperation durchgeführt werden. Nicht nur wird einem höheren Bedarf an erzieherischer Versorgung und gewandelten Bildungsanforderungen (z. B. höhere Bildungsabschlüsse) entsprochen, sondern auch die sozialerzieherische Funktion der Schule im Sinne einer familienunterstützenden und integrativen Wirkung (z. B. Elternbeteiligung, gemeinsames Mittagessen) gestärkt. Die Schule wird so vom Lernort zum Lebensort. Deshalb empfiehlt sich ein qualitativer Ausbau der Ganztagschulen.

→ [Studie zur Entwicklung von Ganztagschulen \(StEG\)](#)

Gute Schulen

Eine bedarfsorientierte Schulfinanzierung ermöglicht zwar die Einstellung von mehr Personal, doch geht dies nicht unbedingt mit einer Verbesserung des Schulerfolgs für Schüler:innen mit Migrationshintergrund einher. Häufig orientiert sich das organisatorische und pädagogische Handeln nicht an den unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der Schüler:innen. Dies liegt vielfach an fehlenden interkulturellen Kompetenzen im Umgang mit zunehmend diverser werdenden Schüler:innen, so dass entsprechende Fortbildungen angezeigt sind.

Gute Schulen sind jedoch für Schüler:innen besonders wichtig, wenn die Eltern nicht in der Lage sind, sie in ihrer schulischen Laufbahn zu unterstützen. Aber was macht gute Schulen für entsprechend benachteiligte Schüler:innen aus? Aus der Forschung zu Schulen in sozial belasteten Milieus sind u. a. folgende Gelingensfaktoren bekannt: professionelle Schulleitung, gemeinsame Visionen und Ziele in der Schule sowie interne und externe Netzwerke. Während die Wirksamkeit politisch leicht beeinflussbarer Qualitätskriterien (z. B. außerunterrichtliche Bildungsangebote) bislang nicht hinreichend belegt ist, gibt es empirisch nachweisbare atmosphärische Qualitätskriterien, zu denen ein gutes Schulklima, eine lernunterstützende Umgebung (z. B. moderne Lernkonzepte), eine strategische Fortbildung und Weiterentwicklung der Lehrkräfte sowie eine gute Partnerschaft zwischen Schule und Eltern gehören.

→ Beispiele [Deutscher Schulpreis](#)

Konzept der durchgängigen Sprachbildung

Die Beherrschung der deutschen Sprache ist der Schlüssel für die (Aus-)Bildung von Kindern und Jugendlichen. Angesichts von Sprachdefiziten einiger Minderjähriger ist eine durchgängige Sprachbildung elementar, um Defizite

durch Übergänge in der Bildungsbiografie – von der Kita in die Grundschule usw. – zu vermeiden. Nach diesem Konzept gibt man sich nicht einfach mit dem Gelernten zufrieden, sondern begreift den Spracherwerb als angeleiteten Lernprozess, währenddessen die sprachliche Entwicklung des jungen Menschen fortwährend beobachtet wird.

→ [FörMig-Kompetenzzentrum](#)

Talentscouting

Das NRW-Talentscouting nahm 2011 seinen Anfang und umfasst mittlerweile 17 Hochschulen und Universitäten in Nordrhein-Westfalen – seit 2015 unterstützt vom Landeswissenschaftsministerium. Talentscouts unterstützen junge Menschen dabei ihre Talente für ihre berufliche bzw. akademische Zukunft zu entwickeln, indem sie Wege aufzeigen, den Zugang zu hilfreichen Netzwerken zu ebnen und Zugänge zu Fördermöglichkeiten im Bildungssystem zu ermöglichen. Die ergebnisoffene Beratung dient als Entscheidungshilfe für die jungen Menschen.

→ [Talentzentrum](#)

● Evaluation, Monitoring

Grundlegend ist es empfehlenswert regelmäßige Studien oder ein regelmäßiges Monitoring von (präventiven) Maß-

nahmen durchzuführen, im Rahmen dessen z. B. im Zweijahresturnus der Sachstand bzw. der Fortschritt in den Quartieren beobachtet und in Fünfjahresabständen evaluiert wird. Dafür müssen Ziele vereinbart werden, um eine adäquate Beurteilung zu ermöglichen. So kann festgelegt werden, zu welchem Zeitpunkt ein Indikator (z. B. Anzahl der geschaffenen preisgünstigen Mietwohnungen) verbessert sein sollte. Falls diese Ziele nicht eingehalten werden, können zuvor festgelegte Maßnahmen greifen, um Anpassungen in der Herangehensweise vorzunehmen. Bei großen, langjährigen Vorhaben und bei vorhandenen Ressourcen sind wissenschaftliche Längsschnittstudien ergiebig, um Ursache-Wirkungszusammenhänge darstellen zu können.

● Gentrifizierung

Eine wachsende Gentrifizierung hat viele großstädtische Quartiere erfasst und verändert die Städte in unterschiedlichem Tempo. Zwar wandeln sich manche Viertel langsamer als andere, jedoch befürchten weniger gutsituierte Alteingesessene häufig eine Verdrängung aufgrund steigender Mieten, der Umwandlung von Sozial- in Eigentumswohnungen und des Zuzuges von Besserverdienenden. Der weitgehende Wegfall des

kommunalen Vorkaufsrechts infolge einer Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts nimmt Städten ein wichtiges Instrument gegen die Gentrifizierung. Hier ist auf Bundesebene eine Reform des Baugesetzbuches angezeigt.

Community Organizing

Community Organizing versteht sich als Ansatz, der einer Steuerungslogik „von unten“ folgt. Dabei finden sich Bewohnende eines Wohnquartiers in einer Art Zweckgemeinschaft von Vereinen, Initiativen und anderen Gruppen zusammen und gründen lokale Bürgerplattformen. Die Themen werden von den Bürger:innen entlang der Belange und Bedarfe ihres Wohnquartiers selbst formuliert und nach außen kommuniziert. Bürgerplattformen agieren selbstorganisiert, arbeiten jedoch mit wichtigen Nachbarschafts- bzw. Stadtteileinrichtungen zusammen (z. B. Quartiersmanagement). Ihre Forderungen tragen sie auf Augenhöhe an kommunale (politische) Entscheidungsträger heran, ohne administrativ oder durch ein finanzielles Abhängigkeitsverhältnis gehemmt zu sein. So finanzieren sich Bürgerplattformen bewusst nicht über staatliche Gelder, sondern über Spenden oder Mitgliedsbeiträge, um ihre Unabhängigkeit zu bewahren. Das Themenportfolio ist breit und umfasst u. a. Demokratie, Vielfalt,

Zusammenhalt und bezahlbares Wohnen. Community Organizing findet sich mittlerweile in einigen Stadtteilen Berlins sowie in Köln und Duisburg begleitet und unterstützt vom Deutschen Institut für Community Organizing (DICO).

→ [Organizing Berlin](#)

Mietpreisbremse

Die 2015 eingeführte, 2020 nachgebesserte und verlängerte Mietpreisbremse (§ 556d BGB) sieht eine Begrenzung der Wiedervermietungsrente vor. In Gebieten mit angespannten Wohnungsmärkten, die die jeweilige Landesregierung per Rechtsverordnung festlegt, darf die höhere Miete bei Wiedervermietung höchstens 10 Prozent über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen. Davon ausgenommen sind u. a. bereits über der Obergrenze liegende Mieten und Modernisierungen. Die Wirkung der Regelung ist umstritten: In einer Evaluation stellt das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) zwar eine Verlangsamung des Mietanstiegs fest, kann aber keine Auswirkungen auf die Erreichbarkeit von Wohnraum für untere Einkommen ausmachen.

→ [Evaluierung durch DIW](#)

Quartiersmanagement

Das Quartiersmanagement stellt ein Bindeglied zwischen Vertreter:innen aus den verschiedenen Bereichen der

Verwaltung, der lokalen Politik, der privaten Wirtschaft, lokalen Vereinen und Initiativen sowie Anwohnenden dar. Als Koordinierungsstelle bündelt und koordiniert das Quartiersmanagement die lokalen Bemühungen in Quartieren mit verringerten Teilhabechancen, um städtebaulichen Missständen, eingeschränkten Wohnqualitäten, schwachen sozialen und kulturellen Infrastrukturen sowie Nutzbarkeiten des öffentlichen Raums zu begegnen.

Quartiersmanagement vermittelt zwischen der Bewohnerschaft und Kommune, indem auf der einen Seite politisch getragene Maßnahmen in einem Quartier umgesetzt werden (top-down) und auf der anderen Seite ein Quartiersbüro vor Ort als Anlaufstelle für die Menschen und Akteure im Quartier geschaffen wird. So können die lokalen Interessen in einem Quartier in Richtung Politik und Verwaltung kommuniziert werden (bottom-up).

Anstelle eines Quartiersmanagements kommt auch eine Stadtteilkoordination in Frage, die sich in einem Quartiersrat und/ oder einem Präventionsrat einbringen kann. Ein Quartiersmanagement kann im Rahmen des seit 2020 laufenden Bundesprogramms „Sozialer Zusammenhalt – Zusammenleben im

Quartier gemeinsam gestalten“ eingeführt werden.

→ [Programm Sozialer Zusammenhalt](#)

Sozialgerechte Wohnungspolitik

Eine ausgewogene Stadtentwicklung fußt in einer dem Gemeinwohl verpflichteten Wohnraum- und Baulandpolitik. Sozialpolitisch ist der vielfach bestehende Versorgungsengpass nach bezahlbarem Wohnraum für untere und mittlere Einkommen brisant. Die Bereitstellung von erschwinglichem Wohnraum für untere und mittlere Einkommen bleibt eines der drängendsten Probleme von Kommunen und wird durch die COVID-19-Pandemie verschärft. Ein Zusammenspiel aus (Reformen des) Mietrecht(s), stadtplanerischen Entscheidungen, kommunalen Wohnungsbau-gesellschaften und Sozialwohnungen kann eine Gentrifizierung nicht unterbinden, jedoch zurückdrängen und damit verbundener Ausgrenzung entgegenwirken.

→ Beispiel [Wien](#)

→ [Positionspapier Deutscher Städtetag](#)

● **Identifikation und Zugehörigkeit**

Im Zusammenhang mit nachbarschaftlichen Konflikten wird in diversen Quartieren das Thema Migration und Zugehörigkeit angesprochen. Problematisiert

werden dabei vor allem unterschiedliche Vorstellungen darüber, wie man sich in der Nachbarschaft verhalten sollte (Ruhezeiten, Nutzung öffentlicher Plätze usw.). Häufig werden diese Unterschiede auf kulturell-ethnische Differenzen zurückgeführt. Expert:innen schreiben dies einem wenig ausgeprägten Zugehörigkeitsgefühl unter den verschiedenen Bevölkerungsgruppen und einer fehlenden Identifikation mit dem Quartier und auch der Stadt zu.

„*Akate!*“ („*Hier!*“)

→ *Alt- versus Neuzugezogene*

Begegnungszentren stärken

→ *Alt- versus Neuzugezogene*

„*Dikhen amen!*“ („*Seht uns!*“)

→ *Alt- versus Neuzugezogene*

Konfliktmanagement

Um Konflikte anzugehen bzw. beizulegen, bieten sich Mediationsrunden mit Anwohnenden oder Konfliktmanager:innen an. So kann versucht werden, kommunikative Lösungen in Auseinandersetzungen zu finden. Dabei ergänzt ein Konfliktmanagement städtische und soziale Maßnahmen wie Sozialarbeit, kommunale Ordnungsdienste oder Polizeipräsenz. Durch die Institutionalisierung des Konfliktmanagements ist ein Umdenken in Richtung Konfliktbearbeitung möglich. Dadurch wird nicht

nur das Eskalationspotenzial eingedämmt, sondern auch ein Rahmen für einen nachhaltigen Austausch und eine flexible Reaktion auf die Entstehung neuer Konflikte geschaffen.

→ Beispiel [Allparteiliches Konfliktmanagement München \(AKIM\)](#)

→ Projektmodell „Wir kümmern uns selbst“, [Praxisbuch zur Konfliktbearbeitung](#)

Quartiersprojekt

„ZusammenLEBEN in der Nachbarschaft“ ist ein von der Arbeiterwohlfahrt (AWO) initiiertes Projekt. Ziel ist es, begleitete, aber selbst organisierte, aktive nachbarschaftliche Netzwerke aufzubauen (interkulturelle Sensibilisierung, Förderung einer inklusiven Gesellschaft, harmonisches generationsübergreifendes Zusammenleben). In Zusammenarbeit mit den Anwohnenden werden Ideen und Angebote entwickelt (Nachbarschaftsfrühstück, Nachbarschaftskonferenzen, Spiele- und Bastelnachmittage usw.). Entscheidend ist die Partizipation von vielen und unterschiedlichen Anwohnenden bei der Planung und der Umsetzung, um dem inklusiven Charakter des Projektes gerecht zu werden.

→ [AWO Gelsenkirchen/Bottrop](#)

ReFIT

→ *Alt- versus Neuzugezogene*

● Infrastruktur und Städtebau

Quartiere mit einer vielfältigen Bevölkerung sind städtebaulich oft sehr heterogen gestaltet und teilweise von der Stadt abgetrennt. Beispielhaft sind isolierte Hochhaussiedlungen, Fragmentierungen eines Viertels durch Verkehrsadern oder die Nähe von Wohn- und Gewerbegebieten. Ein geringes Angebot an Freizeiteinrichtungen stellt ein weiteres infrastrukturelles Handlungsfeld dar.

Aufenthaltsfreundliche Gestaltung öffentlicher Flächen

Die aufenthaltsfreundliche Gestaltung öffentlicher Flächen mit u. a. ausreichenden und gut ausgestatteten Spiel- und Sitzmöglichkeiten sollte alle potenziellen Nutzergruppen, auch junge Menschen, berücksichtigen und beteiligen.

Fortschrittstafel/ -plakat

Besonders für städtebauliche bzw. stadtplanerische Maßnahmen, die auf einen längeren Zeitraum ausgelegt sind, ist eine hohe Transparenz der Prozesse und der Entwicklung von Vorteil. Diese Transparenz kann z. B. durch eine Fortschrittstafel oder -plakate an der jeweiligen Baustelle, die regelmäßig aktualisiert werden, hergestellt werden. Auch

können QR-Codes auf den Tafeln und Plakaten zur entsprechenden Website mit weiteren Medien weiterleiten. Die einfach gehaltene Visualisierung der Prozesse, wer alles beteiligt ist und wann passiert, kann sowohl das Verständnis bei den Bewohnenden fördern als auch einen erhöhten Rechtfertigungsdruck herstellen.

Sanierung und nutzerorientierte Erneuerung bestehender Spiel- und Sportflächen

Im Rahmen eines integrativen Entwicklungskonzeptes kann eine bedarfsgerechte Aufwertung von Flächen zur Schaffung von attraktiven Aufenthaltsflächen insbesondere für Kinder und Jugendliche stattfinden. Ein großer Erneuerungsbedarf besteht häufig bei Sportanlagen, aber auch andere Freizeitanlagen und Nutzflächen müssen regelmäßig modernisiert und ausgebaut werden.

Sanierung vernachlässigter Wohnhäuser, Ausbau von Wegeverbindungen, Sichtachsen

Vernachlässigte Wohnhäuser bedürfen einer Sanierung; nötig sind auch gut ausgebaute Wegeverbindungen mit Sichtachsen und klarer Wegführung zwischen Teilen des Quartiers. So werden das Queren und das Verweilen im Quartier erleichtert und Begegnungen ermög-

licht. Bei der Schaffung von Begegnungsmöglichkeiten sollten Anwohnende mit unterschiedlichen Beteiligungsformaten einbezogen werden, so dass der Bedarf adäquat erfasst wird.

● **Kriminalität (Drogen, Diebstahl, Betrug)**

Vielfältige Gründe mögen zu einem Abgleiten in Kriminalität führen. Hierzu gehören u. a. Perspektivlosigkeit, Langeweile, der Wunsch nach Statussymbolen und die Anerkennung in der peer group. Zudem scheint der Respekt vor der Polizei weniger ausgeprägt zu sein und Konflikte mit der Polizei können in der peer group als Auszeichnung verstanden werden.

Aufklärungsarbeit über soziale Medien

Aufklärungsarbeit über soziale Medien, z. B. Instagram-Stories, könnte Kinder und Jugendliche auf eine andere Art und Weise erreichen, als es die klassische Aufklärungsarbeit in Schulen tut. Besonders während der COVID-19-Pandemie mit den einhergehenden Kontaktbeschränkungen haben Straßensozialarbeitende bspw. Instagram genutzt, um mit Jugendlichen in Kontakt zu bleiben und Inhalte zur Aufklärung über Drogen zu teilen.

→ Beispiel [Gangway](#) Berlin:

Drogenchecks

Kontrovers diskutiert wird, inwiefern illegale Drogen zum Eigenkonsum auf schädliche Substanzen überprüft werden dürfen, um stärkere gesundheitliche Risiken für Partygehende zu verringern. In diesem Rahmen ist auch eine Drogenberatung vorgesehen. Hessen zog vor Gericht, als der geplante Modellversuch vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte abgelehnt wurde, und scheiterte. In Thüringen wurde im Sommer 2021 ein Pilotprojekt im Rahmen der Gesetzeslage verwirklicht, indem Laborkräfte von Partygehenden aufgelöste Substanzen zum Testen entgegennahmen und damit keinen Umgang mit Betäubungsmitteln hatten. Im europäischen Ausland sind Drogenchecks in einigen Ländern bereits etabliert. In Quartieren könnte auch die Testung von Cannabis sinnvoll sein, vor allem auf besonders gesundheitsschädigende Cannabinoide.

→ Beispiel [CheckIt Wien](#)

Greentown Project

Das Greentown-Project ist ein evidenzbasiertes und zielgerichtetes Community Programm, das den Einfluss krimineller Netzwerke auf Kinder verringern möchte, indem sowohl ihre Rekrutie-

nung verhindert als auch ihr Ausstieg unterstützt wird. Das auf vier Säulen basierende Programm richtet sich 1. auf die Auflösung von Netzwerken durch Polizei, Justiz und Jugendbehörde, 2. auf die Wirksamkeit oder Aktivitäten in der Community, um dem Einfluss der Netzwerke zu begegnen oder diesen zu verhindern, 3. auf Interventionen für das betroffene Kind, um sich dem Netzwerk zu entziehen und den (Aus-)Bildungsanschluss wiederzufinden sowie 4. auf ein intensives Familienprogramm zum Schutz des Kindes und der Familie vor schädlichen Netzwerkbeziehungen. Das Greentown Project erhielt den [European Crime Prevention Award 2020](#).

→ [Greentown Projekt](#)

Kurve kriegen

„Kurve kriegen“ ist eine kriminalpräventive Initiative der Landesregierung NRW, die kriminalitätsgefährdeten Kindern und Jugendlichen hilft, Wege aus der Kriminalität zu finden. Zielgruppe sind 8-15-Jährige, die mit mindestens einer Gewalttat oder drei Eigentumsdelikten polizeilich aufgefallen sind und in einem risikobelasteten Umfeld leben, in dem ein dauerhaftes Abgleiten in die Kriminalität droht. Anhand einer umfassenden Risikoanalyse untersuchen Polizei und Jugendhilfe gemeinsam Kinder und Jugendliche, die als

besonders kriminalitätsgefährdet gelten. Die Effektivität des evaluierten Programms gilt nach der [Grünen Liste](#) Prävention als wahrscheinlich.

→ [Kurve kriegen NRW](#)

● Nutzungskonflikte im öffentlichen Raum

Die Nutzung des öffentlichen Raums kann mit Konflikten einhergehen. Hier sind besonders Auseinandersetzungen und Nutzungskonflikte um Jugendliche und Wohnungslose zu nennen. Vielfach haben Jugendliche kein Interesse an oder keine Zeit für Gremienarbeit, zumal sie rasch Veränderungen wünschen. Bei Jugendlichen als äußerst heterogener Gruppe ist die Anwendung verschiedener Beteiligungsformate sinnvoll, um sie in lokalen Aushandlungsprozessen mit einzubeziehen. Dabei spielen Spaß und das Kennenlernen anderer Jugendlicher eine Rolle. Darüber hinaus ermöglicht Straßensozialarbeit, sonst kaum erreichbare Jugendliche im öffentlichen Raum aufzusuchen und sie zu unterstützen. Zusätzlich kann es Spezialteams für bestimmte Bereiche wie Bildung und Jugendkultur geben.

Audiowalks/Soundspaziergänge

Mit Audiowalks steht eine weitere, vielerorts umgesetzte Möglichkeit be-

reit, mit der Quartiersspaziergänge thematisch unterschiedlich gestaltet werden können. Mit Soundspaziergängen ließen sich Interessierte ein Stück weit in die Lebenswelt von Obdachlosen mit hineinnehmen, um nicht nur Wissen zu vermitteln, sondern auch um Verständnis für deren Lebenssituation zu werben.

→ Beispiel [Projekt „Fernverbindungen“ München](#)

Aufsuchende Beteiligung

Bei der aufsuchenden Beteiligung findet Partizipation statt, indem auf die Jugendlichen direkt zugegangen wird und sie an ihren üblichen Aufenthaltsorten aufgesucht werden. Aufsuchende Beteiligung bedeutet, sich ungewöhnlicher und mitunter zeitlich anspruchsvoller Verfahren zu bedienen, um so schwer erreichbare Gruppen zu erreichen und zu aktivieren.

Im Frankfurter Nordend konnten Jugendliche während eines StreetArtfestivals an einem Jugendhaus Streetart im öffentlichen Raum anbringen und Ideen zur Entwicklung des Quartiers vorbringen. In Workshops mit bekannten Jugendkünstler:innen und Stadtplanenden wurden Potenziale und Defizite des Quartiers identifiziert und die hieraus entwickelten Vorschläge teilweise vorübergehend realisiert. Innerhalb von drei Tagen entstand dann, begleitet von

einer jugendspezifischen Moderation, in einer „Bauhütte“ ein Umsetzungsmodell.

→ Beispiel Frankfurt-Nordend:

[Jugend.Frei.Räume](#)

Communities that care (CTC)

→ *Vulnerabilitäten*

Einbeziehung von Jugendlichen bei der Gestaltung öffentlicher Räume

Eine Beteiligung von Jugendlichen bietet sich an, wenn es um die Gestaltung des öffentlichen Raums geht. Damit sie ihre Interessen besser vertreten können, sollten Jugendliche in Gremien vertreten sein. Entsprechende Vertreter:innen müssten identifiziert oder von ihren Altersgenoss:innen gewählt werden, indem gezielt die Kooperation und der Kontakt zu den Jugendlichen gesucht wird. Eine solche Kontaktaufnahme kann an formellen Treffpunkten (z. B. Schule, Vereine) der Jugendlichen erfolgen, auch informelle Treffpunkte (z. B. Spielplätze, Bushaltestellen) kommen in Betracht. Als Mediator:innen können Mitarbeitende der mobilen Jugendarbeit sowie Streetworker:innen eingesetzt werden, die zwischen den Interessen der Politik und der Jugendlichen vermitteln. Ein europaweites Projekt zur Jugendpartizipation ist *teens_open_space* im Bereich der Stadtentwicklung und der Gestaltung des öffentlichen Raumes. Es

fand bisher in 20 Städten und Regionen mit ca. 500 Jugendlichen aus Österreich und der Slowakei statt. Das Freiraum-Projekt wurde mehrfach, von der österreichischen Kulturlandschaftsforschung, vom Council of Europe, von EU-Programmen wie Leader+, als best practice Projekt ausgezeichnet. Im Projekt können Jugendliche in sog. Planungswerkstätten bzw. Workshops mit der Unterstützung von Landschaftsarchitekt:innen Umgestaltungsideen entwickeln, die sie anschließend auf Konferenzen und Gremien präsentieren können. Auf diese Weise werden Gestaltungsvorschläge der Jugendlichen nicht nur umgesetzt, sondern es entsteht auch ein Beteiligungsprozess, bei dem die Jugendlichen von Anfang involviert sind. Dadurch lernen sie, unterschiedliche Interessen zu berücksichtigen und zugleich ihre eigenen Ansprüche an den Freiraum zu artikulieren.

→ [Teens open space](#)

Hood-Training

Das aus Bremen stammende Konzept des Hood-Trainings besteht aus einem vielschichtigen Angebot und möchte urbane Jugendkultur durch Sport im Freien und Kultur (Graffiti, Hip-Hop, Tanz) positiv beeinflussen. Beziehungsarbeit ist dabei wichtig: Die Trainer:in-

nen unterstützen die Teilnehmenden sowohl beim Abbau von Enttäuschungen als auch beim Umgang mit Konflikten. Integration und Kommunikation sollen die Gewaltbereitschaft senken, aber auch das Selbstbewusstsein der Teilnehmenden stärken. Das Hood-Programm richtet sich an junge Menschen, die sich von anderen Maßnahmen und Einrichtungen nicht angesprochen fühlen. Vom kostenlosen Freiluftangebot profitieren Jugendliche, die sich draußen aufhalten und als störend wahrgenommen werden.

→ [Hood Training](#)

„Human Library“

→ *Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen*

Konfliktmanagement

→ *Identifikation und Zugehörigkeit*

Online-Beteiligung

Eine weitere Möglichkeit der Beteiligung besteht über Social Media, insbesondere während der COVID-19-Pandemie. Viele Jugendliche nutzen intensiv Instagram und/ oder TikTok. In Kooperation mit Jugendeinrichtungen vor Ort und engagierten Jugendlichen ließe sich eine Social-Media-Beteiligung bewerkstelligen. Dieses Format könnte ggf. mit einem Präsenzformat (z. B. Workshop) ergänzt werden.

In Holzgerlingen schufen das Jugendreferat und der Jugendgemeinderat ein Beteiligungsangebot via Facebook, bei dem es um zeitnah umsetzbare Projekte ging, flankiert von einem Kreativworkshop. Das Internetportal ermöglichte Terminkoordination, Frage-Antwort-Runden und die Veröffentlichung von Ergebnissen, die online zur Diskussion gestellt wurden. Mittlerweile nutzen Jugendliche nicht mehr Facebook. Ebenso präsentiert sich der Jugendgemeinderat Holzgerlingen nun zeitgemäß auf Instagram (@jgrholzgerlingen).

→ Einbeziehung Jugendlicher in Holzgerlingen (Friesecke 2017, S. 125)

→ [Digitale Partizipation Jugendlicher](#)

Streetwork

Wo es keine fußläufig arbeitenden Streetworker:innen in Stadtvierteln mit ausgeprägten (Nutzungs-)Konflikten gibt, lässt sich über deren Etablierung nachdenken. Streetworker:innen, die die Jugendlichen oder marginalisierten Gruppen kennen und gut mit den Einrichtungen im jeweiligen Quartier vernetzt sind, können zum einen bei (Nutzungs-)Konflikten vermitteln und zum anderen als Schnittstelle und Sprachrohr zwischen Jugendlichen bzw. marginalisierten Gruppen und Einrichtungen im

Quartier bzw. Stadtverwaltung fungieren.

→ [Gangway e. V. Berlin](#)

→ [Straßensozialarbeit Leipzig](#)

● Ordnungswidrigkeiten

Müll ist ein Problem, das Anwohnende und Expert:innen immer wieder thematisierten. Vor Lärmbelästigungen stehen Beschwerden über Vermüllung und den sog. Sperrmülltourismus in Quartieren.

Abfallfahndung

Um ordnungswidriger Müllbeseitigung im öffentlichen Raum zu begegnen, kann der Einsatz von Müllfahndenden (Mülldetektive, Waste Watchers) sinnvoll sein. Dazu stellen die Mitarbeitenden zunächst fest, ob der Müll im öffentlichen Raum liegt und sichten den Müll, um Hinweise auf die Verursachenden zu erhalten, Beweise zu sichern und im Fall der Identifizierung Ordnungswidrigkeitsverfahren einzuleiten. Sie veranlassen auch die Abholung und korrekte Entsorgung durch die Abfallwirtschaft. Das konsequente Ahnden mit einem Bußgeld kann dabei helfen, die nicht ordnungsgemäße Müllentsorgung und die Beschwerdehäufigkeit zu senken.

→ [Mülldetektive Mönchengladbach](#)

Aufsuchende Informationsinitiativen

Mit aufsuchenden Informationsinitiativen ließe sich die Bekanntheit von Abfalldiensten und deren Services steigern, um so deren Potenzial auszuschöpfen.

Mehr Personal

In den Quartieren wurde häufig eine bessere Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten gewünscht. Einerseits geht es um ausreichend Personal bei der Verfolgung von Ordnungswidrigkeiten, andererseits um eine personelle Aufstockung der Bußgeldstelle für eine konsequente und zügige Ahndung von Ordnungswidrigkeiten.

(Müll-)Melde-App

Melde-Apps stellen eine einfache und unkomplizierte Möglichkeit für Bürger:innen dar, Verschmutzungen, Schlaglöcher, beschädigte oder unleserliche Verkehrszeichen, defekte Straßenlaternen und Mängel an Kinderspielplätzen zu melden. Die App erlaubt es Nutzenden, anonym Meldungen zu erstellen und Fotos von der Vermüllung zu übermitteln, so dass die zuständigen städtischen Einrichtungen wie der Abfalldienst zu dessen Beseitigung kommen können. Gleichzeitig ermöglicht eine interaktive Karte die Abbildung bereits erstellter Meldungen von weiteren An-

wohnenden. So können sich Bürger:innen aktiv an Sauberkeit und Ordnung im Quartier beteiligen.

→ [Müll-Melde-App Hannover](#)

Mülleimer bzw. -sammelstellen

Mehr Müllsammelstellen und/ oder Mülleimer/ Papierkörbe können in dichtbesiedelten Teilen und Straßen von Quartieren aufgestellt werden. Um diese sichtbarer zu machen, können auffälliges Design, lustige Beschriftungen und/ oder Signalfarben zur Müllentsorgung anregen.

→ [Mülleimer-Sprüche Hamburg](#)

Nudging

Grundlegend ist die Frage nach dem Umgang mit Unordnung: ob mit höheren Bußgeldern oder spielerisch lernend (nudging) vorgegangen werden soll oder wie ein optimaler Mix aus beidem aussehen kann.

Ein Beispiel für nudging ist die „Gum Wall“. Auf speziell beschichteten Aluminium-Kästen mit bunten Motiven und Auffangbehältern kann gekauter Kaugummi geklebt werden. Eine Gum Wall kann freistehen, an einer Mauer oder Hauswand, einem Pfosten oder Laternenmast befestigt werden. Sie soll dazu animieren, Kaugummi nicht auf den Boden zu spucken, sondern auf den Kasten zu kleben. Dass das Aufkleben des eige-

nen Kaugummis neben andere durchgekaute Kaugummis als unangenehm, ekelig oder unhygienisch empfunden wird, ist zur Sensibilisierung mitgedacht: Denn der Tritt in frisch gekauten Kaugummi verbunden mit dem Abkratzen von der Schuhsohle ist lästig und unangenehm.

Ein weiteres Beispiel sind „Voting bins“. Voting bins (auch: Ballot bins) sind Aschenbecher mit Abstimmungs-funktion, um Zigarettenstummel nicht auf die Straße zu werfen: Dabei handelt es sich um eine Frage mit zwei Antworten, denen jeweils ein Auffangbehälter zugeordnet ist. Rauchende Passant:innen sollen dazu angeregt werden, über die Frage abzustimmen, indem sie ihre Zigarettenkippen in einen der Antwort-behälter werfen. Neben lustigen Fragen gibt es auch Abstimmungen zu öffentli-chen Fragestellungen, z. B. ob an einem Ort lieber ein Spielplatz oder ein Park eingerichtet werden soll.

→ [Gum Wall](#), Frankfurt

→ [Voting Bin](#), Berlin

Ordnungspatenschaften

Ehrenamtliche oder von der Kommune (befristet) angestellte Quartiersküm-mernde in einheitlicher Uniform über-nehmen in einem Quartier soziale Auf-gaben und stehen als bürgernehe An-

sprechpersonen zur Verfügung. In tägli-chen Rundgängen beobachten sie die Problemlagen im Quartier und leiten diese an die entsprechenden Stellen wei-ter. Gleichzeitig bieten sie Aufklärung bei Sauberkeits- und Müllentsorgungs-themen und wirken durch ihre Präsenz im Quartier positiv auf das Sicherheits-empfinden. Weitere Unterstützung leis-ten sie durch die Begleitung von Hilfe-bedürftigen bei Behördengängen, zu Haltestellen und in öffentlichen Ver-kehrsmitteln.

→ Beispiel [Unna](#)

Umweltbildung

Maßnahmen zur Sauberkeit und Um-weltbildung, die in Kooperation mit lo-kalen Akteuren und Anwohnenden statt-finden, können zur Stärkung des Um-weltbewusstseins und zur Verantwor-tungsübernahme im eigenen Quartier beitragen. Solche niedrigschwelligen, aktivierenden Maßnahmen können die Sauberkeit erhöhen und das Ortsbild verbessern. Attraktiv sind Maßnahmen, die auf spielerische Art und Weise das Thema adressieren (z. B. Geocaching).

→ [Umwelt-Geocache](#), Hannover

○ Stigmatisierung des Quartiers und die Folgen

Die Stigmatisierung von Quartieren kann sich verfestigen und wird teilweise

medial bestärkt. Darunter leiden insbesondere Jugendliche mit Migrationshintergrund, weil sie aufgrund ihrer Wohnadresse Diskriminierungen u. a. auf dem Arbeitsmarkt erfahren. Noch dazu wird ihnen immer wieder die Zugehörigkeit zu Deutschland von Deutschen ohne Migrationserbe abgesprochen, so dass Identitätsprobleme entstehen und sich diese negativ auswirken können. Dieser Stigmatisierung ist langfristig zu begegnen.

„Human library“

Bei der „Human library“ handelt es sich um eine aus Dänemark stammende und mittlerweile weltweit erprobte Veranstaltungsform, bei der Menschen eine Rolle als „lebende Bücher“ einnehmen. Menschen aus dem Quartier stellen sich freiwillig für ein Gespräch zu zweit zur Verfügung, um von ihren Erfahrungen und Erlebnissen zu erzählen. So sollen Dialoge zwischen unterschiedlichen Personengruppen zustande kommen, um in direkter Kommunikation, Stereotype und Vorurteile gegenüber bestimmten Minderheitengruppen in der Gesellschaft abzubauen. Im Zentrum steht dabei der Gedanke, vom jeweils anderen zu lernen und miteinander statt wie häufig übereinander zu reden.

→ [Human library](#)

Inklusive Medienprojekte/ Formate des partizipativen Stadtgestaltens

Auch können inklusive Medienprojekte und Formate des partizipativen Stadtgestaltens auf digitalen Plattformen und in den Stadtteilen unter Einbezug der Innenstadt durchgeführt werden, bei denen die Bewohnenden in den Stadtvierteln jeweils gemeinsam an einem Projekt und einem Ziel arbeiten. Das kann zum einen nach innen wirken und den Zusammenhalt stärken und zum anderen mit einer entsprechenden (Social Media) Präsenz nach außen wirken und positive Aspekte der Quartiere und der Bewohnenden zeigen.

→ Beispiel aus München: [Mapping Neuperlach](#)

→ Beispiel aus Barcelona: [Impulse](#) für einen Dialog über Migration, Vorurteile zur Stärkung von Inklusion und gegenseitigem Respekt

Konstruktiver Journalismus

Bei konstruktivem Journalismus handelt es sich um eine neue Form der Berichterstattung, die den Fokus nicht nur auf Probleme und Missstände richtet. Vielmehr geht es um einen perspektivisch orientierten Journalismus, bei dem Lösungsansätze und Handlungsmöglichkeiten eine Rolle spielen. Effekte sollen auf drei Ebenen erreicht werden: 1. ein besseres Gefühl der Nutzenden und

dadurch eine weniger negative Welt-sicht (Mikroebene), 2. eine bessere Pub-likumsbindung der Medienunternehmen (Mesoebene) und 3. Fortschritt in der Gesellschaft (Makroebene). Demgemäß kann konstruktiver Journalismus für eine Repräsentanz aller Bevölkerungs-gruppen und für eine Lösungsorientie-rung sorgen. Erste Befunde zeigen posi-tive Einflüsse auf die Mikroebene.

➔ [Konstruktiver Journalismus](#)

Neighbourhood Branding

Beim Neighbourhood Branding handelt es sich um einen speziellen Ansatz zur Erneuerung von Wohnquartieren, der in den Niederlanden entwickelt und im Zeitraum von 2004-2007 im internatio-nalen INTERREG-Projekt „Image“ als anwendungsbezogene Strategie in Pro-jektstädten (Antwerpen, Bristol, Delft, Dublin, Zürich) erprobt wurde. Die Me-thodik des Ansatzes geht dabei über ein klassisches Marketing hinaus und bein-haltet partizipative Elemente. Zusam-men mit Bewohnenden sollen die Kern-werte eines Quartiers identifiziert wer-den, um das Quartier entsprechend die-ser „Marke“ zu entwickeln. Im Zentrum steht dabei ein umfassenderer Erneue-rungsprozess, bei dem die Betroffenen mobilisiert und gemeinsam eine Strate-gie zur positiven Beeinflussung des Quartiers entwickeln sollen. Dies erfolgt

über vier Phasen: Zunächst findet eine umfangreiche Stärken-Schwächen-Ana-lyse (SWOT-Analyse) statt. An diese Orientierungsphase schließen sog. Brandingsessions an, in denen Bewoh-nende mit verschiedenen kulturellen und sozialen Hintergründen gemeinsam be-stimmen, was die „Marke“ des Quartiers sein soll. Die Ergebnisse dieser Sessions werden in Form eines „Brandbooks“ oder eines „Brandsheets“ zusammenge-fasst. Hier spielt das Kommunizieren über Bilder eine entscheidende Rolle, weil einerseits eventuelle Sprachbarrie-ren und Kommunikationsprobleme ab-gemildert werden und andererseits Bil-der insgesamt als Medium einen wichti-gen Bestandteil der Imagegestaltung darstellen.

➔ Beispiel: Neighbourhood Branding im [Quartier Poptahof](#) (Delft, Nie-derlande).

● Vulnerabilitäten

Unterschiedliche Vulnerabilitäten prä-gen häufig Bewohnende ethnisch viel-fältiger Quartiere. Viele leben in prekären sozio-ökonomischen Verhältnissen: niedrige Renten, Niedriglohneinkom-men oder Arbeitslosigkeit sind verbrei-tet, wenig Bildung verwehrt den sozia-len Aufstieg. Die Sorge um ein Auskom-men – für sich alleine oder die Familie – beherrscht und verdüstert nicht selten

den Lebensalltag. Beengte Wohnverhältnisse am Stadtrand verstärken Ausgrenzungsgefühle. Die COVID-19-Pandemie verschlechterte die Lebenssituation für viele Bewohnenden, die aufkommende Inflation verteuert Lebensmittel und die hohen Energiepreise insbesondere Heizkosten. Damit verbunden sind eine Kürzung des ohnehin schon niedrigen Lebensstandards und eine weitere Einbuße an sozialer Sicherheit für die Betroffenen. Diese Umstände wirken sich besonders negativ auf Kinder und Jugendliche aus: Schulschließungen mindern ihre Bildungschancen, Freizeit- und Hilfseinrichtungen stehen nicht bzw. oder nur noch eingeschränkt zur Verfügung und die beengte Wohnsituation erhöht das Konfliktpotenzial. Der Schwerpunkt liegt hier – aus Platzgründen – auf Präventionsimpulsen für Kleinkinder, obwohl weitere Bewohnergruppen spezifischer Unterstützung bedürfen (z. B. Senior:innen, Arbeitslose). Bildung als Schlüsselkompetenz ist ein eigener Abschnitt vorbehalten.

Communities that care (CTC)

Bei CTC handelt es sich um einen integrierten Handlungsansatz, um auf kommunaler Ebene „die Rahmenbedingungen für ein sicheres und gesundes Aufwachsen von Kindern und Jugendlichen zu verbessern“.^{III} Die präventive Langzeitstrategie hat die Schaffung einer sicheren und lebenswerten Umgebung für Kinder und Jugendliche zum Ziel. Des Weiteren geht es um die Ausweitung und Verbesserung der Zusammenarbeit verschiedener Akteure im Viertel (Behörden, Vereine, Bewohnende). Für die Umsetzung basiert die CTC-Strategie auf gesicherten wissenschaftlichen Erkenntnissen über Risikofaktoren und Schutzfaktoren. Schließlich resultiert die Strategie in lokalen Plänen zum Einsatz von Maßnahmen, die auf ihre Wirksamkeit hin geprüft wurden.^{IV}

→ [Communities that care](#)

Kitas ausbauen

Angesichts der häufigen Unterversorgung mit Kitaplätzen würden Kinder und Eltern von einem raschen Ausbau von Kitaplätzen in Wohnortnähe profitieren. Da einige Kinder die deutsche

^{III} <https://www.ctc-info.de/nano.cms/ctc!>

^{IV} Mehr Informationen zu CTC und anderen Präventionsprojekten finden sich auch in dem Studienheft „Kriminalprävention in ethnisch diversen Quartieren.

Grundlagen, Herausforderungen und Chancen evidenzbasierter Programme und Projekte.“ (Atanisev et al. 2021) online auf der Projekthomepage (migsst.de).

Sprache nicht richtig beherrschen, empfiehlt sich für die Sprachförderung ein erhöhter Personalschlüssel in Kita-Gruppen, in denen viele Kinder zu Hause kein oder wenig Deutsch sprechen. Neben der alltagsorientierten Sprachbildung könnten zusätzliche Sprachfördermaßnahmen für Kinder mit geringen Sprachkenntnissen im Vorschulalter umgesetzt werden. Die fortschreitende Vielfalt macht Interkulturalität zu einem notwendigen Ausbildungsinhalt für Erzieher:innen.

Mobile Kita

Die Idee hinter einer mobilen Kita ist, dass ein Schulbus oder ein Wohnwagen mit einer Basis-Kita-Ausstattung direkt in die Quartiere fährt, um Eltern und Kindern an einen Regelbesuch in einer Tageseinrichtung für Kinder heranzuführen. Das niedrighwellige Angebot soll sich an Kinder bis zum 6. Lebensjahr richten und wird von einem Team aus Sozialarbeiter:innen und Erzieher:innen (mit Migrationshintergrund) koordiniert. Für Eltern gibt es ggf. Sprachkurse. Eine mobile Kita kann so Familien erreichen, die andernfalls keine Betreuungsangebote wahrnehmen und/ oder keine Sprachkurse besuchen würden.

➔ [Stepke-KiTas](#) in Düsseldorf und Köln

Papilio

Da Erzieher:innen immer wieder mit verhaltensauffälligen Kindern in Kitas konfrontiert sind, wird zur Primärprävention das evidenzbasierte Programm Papilio empfohlen. Papilio ist ein Programm für Kindergärten, um Verhaltensproblemen vorzubeugen und die sozial-emotionale Kompetenz zu fördern. Die Erzieher:innen absolvieren ein Training und führen dann Papilio in ihrer Kita durch. Die Kinder sollen mittels einer interaktiven Geschichte kreative Spielideen entwickeln und prosoziales Verhalten lernen. Die Eltern werden über Elternabende und Erziehungsberatung eingebunden und können selbst Teile des Programms zu Hause umsetzen. Die Effektivität des Programms ist laut [Grüner Liste](#) nachgewiesen.

➔ [Papilio](#)

Talentförderung in der Kita

Talentförderungen in Kitas stellen eine Möglichkeit dar, chancenbenachteiligte Kinder schon früh zu unterstützen. So können Präventionsketten aufgebaut werden, die insbesondere von Armut betroffenen Kindern Unterstützung bieten und ihre Talente und Potenziale fördert. So soll der negative Zusammenhang von sozialer Herkunft und Bildungserfolg abgeschwächt werden, indem zusätzliche pädagogische Fachkräfte individuell

angepasste Fördermaßnahmen in den Kitas im Quartier entwickeln.

➔ Beispiel „Zukunft früh sichern“

[ZUSi Gelsenkirchen](#) mit wissenschaftlicher Begleitung

Tabelle 2: Übersicht Herausforderungen & präventive Vorschläge

HERAUSFORDERUNG	PRÄVENTIVER VORSCHLAG
ALT- VERSUS NEUZUGEZOGENE	„Akate!“ („Hier!“)
	Begegnungszentren stärken
	Camping für Gemeinsinn
	„Dikhen amen!“ („Seht uns!“)
	Fit für kulturelle Vielfalt
	Gemeinwesenarbeit
BILDUNG (SCHULE)	ReFIT
	buddY-Programm
	Ganztagsschulen ausbauen
	Gute Schulen
	Konzept der durchgängigen Sprach-bildung
EVALUATION, MONITORING	Talentscouting
GENTRIFIZIERUNG	Community Organizing
	Mietpreisbremse
	Quartiersmanagement
	Sozialgerechte Wohnungspolitik
IDENTIFIKATION UND ZUGEHÖRIGKEIT	„Akate!“ („Hier!“)
	Begegnungszentren stärken
	„Dikhen amen!“ („Seht uns!“)

	Konfliktmanagement
	Quartiersprojekt
	ReFIT
INFRASTRUKTUR UND STÄDTEBAU	Aufenthaltsfreundliche Gestaltung öffentlicher Flächen
	Fortschrittstafel/ -plakat
	Sanierung und nutzerorientierte Erneuerung bestehender Spiel- und Sportflächen
	Sanierung vernachlässigter Wohn-häuser, Ausbau von Wegeverbindungen, Sichtachsen
KRIMINALITÄT (DROGEN, DIEBSTAHL, BETRUG)	Aufklärungsarbeit über soziale Medien
	Drogenchecks
	Greentown Project
	Kurve kriegen
NUTZUNGSKONFLIKTE IM ÖFFENTLICHEN RAUM	Audiowalks/Soundspaziergänge
	Aufsuchende Beteiligung
	Communities that care (CTC)
	Einbeziehung von Jugendlichen bei der Gestaltung öffentlicher Räume
	Hood-Training
	„Human library“
	Konfliktmanagement
	Online-Beteiligung
	Streetwork
ORDNUNGSWIDRIGKEITEN	Abfallfahndung
	Aufsuchende Informationsinitiativen
	Mehr Personal

	(Müll-)Melde-App
	Mülleimer bzw. -sammelstellen
	Nudging
	Ordnungspatenschaften
	Umweltbildung
STIGMATISIERUNG DES QUARTIERS UND DIE FOLGEN	„Human library“
	Human library Inklusive Medienprojekte/ Formate des partizipativen Stadtgestaltens
	Konstruktiver Journalismus
	Neighbourhood Branding
VULNERABILITÄTEN	Communities that care (CTC)
	Kitas ausbauen
	Mobile Kita
	Papilio
	Talentförderung in der Kita

8 Chancen und Potenziale

Neben den beschriebenen Herausforderungen dürfen die vielfältigen Chancen und Potenziale ethnisch diverser Quartiere nicht verlorengehen. Diese Perspektive eröffnet vielgestaltige Möglichkeiten zur Weiterentwicklung.



Während der Laufzeit des Verbundprojektes beobachteten wir trotz der COVID-19-Pandemie einige positive Entwicklungen in den Quartieren. Die Quartiere zeichnen sich durch einen Ausbau an (sozialen) Angeboten und Kooperationen zwischen vielfältigen Akteuren aus, auf die die Anwohnenden zugehen können. Parallel dazu ist eine Reihe von Maßnahmen in Planung oder schon in der Umsetzung, die auf eine Verbesserung der Wohnverhältnisse, der städtebaulichen Struktur oder des Ortsbildes abzielen. Darüber hinaus ist die polizeilich registrierte Kriminalitätsbelastung im Beobachtungszeitraum zurückgegangen.



Im Vergleich zur Gesamtbevölkerung in den beteiligten Großstädten weisen die untersuchten Quartiere eine jüngere Wohnbevölkerung auf. Der Anteil an Kindern und Jugendlichen ist durchweg höher als in den Gesamtstädten; dementsprechend fällt der Anteil an Älteren ab 65 Jahren geringer aus. In Zeiten einer alternden Gesellschaft sind die vielen jungen Menschen für den Erhalt der Funktionen der Stadt und deren Gesellschaft wichtig. Sie können nicht nur auf die Gestaltung ihrer Stadtteile, sondern auch in der ganzen Stadt Einfluss nehmen. Ebenso können sie die Wirtschaft ankurbeln bzw. erhalten. Voraussetzung hierfür ist die Gewährleistung von Chancengleichheit. Das erfordert nicht nur Anstrengungen zur Kompensation von durch die Pandemie entstandenen

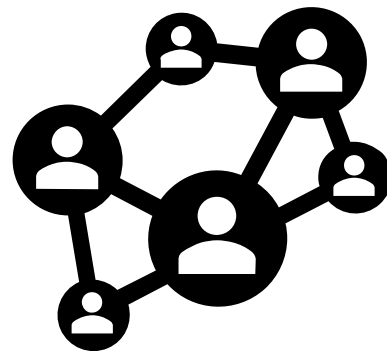
Bildungslücken, sondern auch Maßnahmen für das Wohlergehen von Kindern und Jugendlichen. Denn wenn sie eine entsprechende Förderung erfahren, können sie zu qualifizierten Arbeits- und Führungskräften ausgebildet werden.



Die große ethnische, kulturelle und soziale Vielfalt ist eine Bereicherung für die Großstädte. In den vergangenen Jahren zog Deutschland viele Zuzügler:innen aus dem (europäischen) Ausland an, in den Großstädten verfügen immer mehr Kinder über einen Migrationshintergrund. Die wachsende Diversität bildet eine Chance für Kommunen, ihre Lebendigkeit, Attraktivität und Wirtschaftskraft angesichts einer alternden Bevölkerung und des wachsenden Fachkräftemangels zu erhalten. Vielfalt bietet viele Möglichkeiten und Anknüpfungspunkte, voneinander und miteinander zu lernen, um Toleranz im Quartier und in der Stadt zu leben.



Über viele Jahrzehnte hinweg haben die untersuchten Quartiere eine anzuerkennende Integrationsleistung für die beteiligten Städte erbracht. Als Ankunftsquartiere für Menschen aus verschiedenen Ländern weisen die Quartiere und ihre Akteure ein gewisses Know-How im herausfordernden Umgang mit Vielfalt auf, von dem die Städte als solche profitieren.



Die vielfältigen Akteure, Netzwerke und Angebote in den beiden Quartieren können als Basis für weitere kommende Vorhaben dienen. Diese Infrastrukturen haben sich teilweise seit vielen Jahre etabliert und bereichern die Quartiere.



Einige Quartiere haben (Grün-)Flächen, die von den Bewohnenden und Akteuren auf mannigfaltige Weise genutzt werden können. Dieser Freiraum sollte bei der weiteren Gestaltung der Quartiere künftig Berücksichtigung finden.

9 *Fazit*

„Diversität – unsere Stärke“ (Stadtslogan von Toronto, Kanada)

Die untersuchten Quartiere sind diverse Stadtviertel, die mit Herausforderungen konfrontiert sind, aber auch viele Chancen und Potenziale (z. B. junge Bevölkerung) bieten. Die herausgestellten Problemlagen betreffen nicht nur diese Quartiere, sondern finden sich auch in anderen Städten wieder.

Sie sind eng mit gesamtgesellschaftlichen Phänomenen und Entwicklungen verknüpft. So hängt die höhere Arbeitslosigkeit mit globalen und regionalen Wirtschafts- und Arbeitsmarktentwicklungen und -politiken zusammen. Auch der Gentrifizierungsdruck kann nicht isoliert betrachtet werden, sondern steht in direktem Zusammenhang mit Entwicklungen auf dem Wohnungsmarkt. Ähnlich verhält es sich mit dem Zuzug von Geflüchteten und Zugewanderten aus Osteuropa sowie der damit verbundenen Integrationsarbeit: Diese Zuwanderung geht auf die großen Migrationsbewegungen unserer Zeit zurück. Übergreifend stellt sich hier die Frage, wie mit diesen Herausforderungen innerhalb der EU, dem Bund, den Bundesländern und der Kommunen umgegangen wird und werden soll. Seit März 2020 kommt die COVID-19-Pandemie mit ihren ne-

gativen und noch nicht in Gänze absehbaren Folgen für die Gesellschaft hinzu. Insbesondere Menschen in sozial prekären Lebensverhältnissen sowie Kinder und Jugendliche leiden langfristig unter den Beschränkungen, die sich ungünstig auf die Beschäftigungssituation und die Bildungsteilhabe auswirken.

Diese gesellschaftlichen Phänomene zeigen sich ebenfalls auf Quartiersebene und verlangen nach aktiver Gestaltung vor Ort. Was kann das Quartier also leisten? Viel, dies ist aber abhängig von den finanziellen und personellen Ressourcen sowie einer umfassenden Diversitätsstrategie mit einem Schwerpunkt auf Chancengleichheit. Diesbezüglich lässt sich an etablierte Angebote und Strukturen in den Quartieren anknüpfen, um die Lebensqualität und die Teilhabeperspektiven der Bewohnenden in den untersuchten Quartieren zu erhöhen. So hat sich in den Quartieren die enge Zusammenarbeit von vielen verschiedenen Akteuren bewährt: Herausforderungen werden gemeinsam angegangen und nicht für sich isoliert versucht zu lösen. „Im Kleinen“ lassen sich Konfliktbearbeitungen beobachten und Fortschritte im Miteinander ausmachen, die die Anwohnenden ebenfalls wahrnehmen.

10 *Literatur*

Weiterführende Informationen sowie verschiedene Publikationen zu dem Forschungsprojekt „Migration und Sicherheit in der Stadt“ finden Sie auf der Website des Verbundprojektes: www.migsst.de. Einen umfangreichen Überblick zu den wissenschaftlichen Ergebnissen der Forschungspartner bietet der beim LIT Verlag erschienene Sammelband „Migration und Sicherheit in der Stadt“. Der Band ist auf der Projekthomepage kostenfrei abrufbar.

Armborst, Andreas (2018): Einführung: Merkmale und Abläufe evidenzbasiert Kriminalprävention. In: Walsh, Maria/Pniewski, Benjamin/Kober, Marcus/Armborst, Andreas (Hrsg.): Evidenzorientierte Kriminalprävention in Deutschland. Ein Leitfaden für Politik und Praxis. Wiesbaden: Springer VS, S. 3-19.

Bilsky, Wolfgang/ Döring, Anna K. (2012): Kriminalprävention. In: Forensische Psychiatrie, Psychologie, Kriminologie 6. S. 69-70.

Esser, Hartmut (2009): Pluralisierung oder Assimilation? Effekte der multiplen Inklusion auf die Integration von Migranten. Zeitschrift für Soziologie 38, S. 358–379.

Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen

der Integrationsfähigkeit (Hrsg.) (2021): Gemeinsam die Einwanderungsgesellschaft gestalten. Bericht der Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit. Berlin.

Farwick, Andreas (2012): Segregation. In: Eckardt, Frank (Hrsg.): Handbuch Stadtsoziologie. Wiesbaden: Springer Fachmedien.

Feltes, Thomas (2008): Kriminalprävention. In: Hans-Jürgen Lange/ Matthias Gasch (Hrsg.): Kriminalpolitik. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Studien zur Inneren Sicherheit, Band 9), S.251-267.

Friesecke, Frank (2017): Aktivierung von beteiligungsschwachen Gruppen in der Stadt- und Quartiersentwicklung,

in: Bauer, Hartmut/ BÜchner, Christiane/ Hajasch, Lydia (Hrsg.): Partizipation in der Bürgerkommune, Potsdam: Universitätsverlag, S. 117-138.

Georgi, Viola (2015): Integration, Diversität, Inklusion: Anmerkungen zu aktuellen Debatten mit der deutschen Migrationsgesellschaft. In: DIE Zeitschrift für Erwachsenenbildung 2/2015: Migration. S. 25–27.

Haverkamp, Rita (2016): Geflüchtete Menschen in Deutschland. Zuwanderung, Lebenslagen, Integration, Kriminalität und Prävention, ein aktueller Überblick im Mai 2016. Herausgegeben von der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK) 05/2016.

Haverkamp, Rita (2015): Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD). Objektive und subjektive (Un-)Sicherheiten in der Kriminalprävention – Das Sicherheitsquadrat als Analyseinstrument (Teil 2). Forum Kriminalprävention 2, S. 52-57.

Haverkamp, Rita (2014a): Grundzüge eines Sicherheitsbarometers in Deutschland – Inhaltliche und methodische Überlegungen, in: Albrecht, Hans-Jörg/ Hoch, Hans/ Zoche, Peter (Hrsg.):

Sicherheiten und Unsicherheiten, Berlin: LIT Verlag, S. 15-30.

Haverkamp, Rita (2014b): Das Sicherheitsquadrat – Ein Analyseinstrument zur Zuordnung von objektiven und subjektiven Sicherheiten des Verbundprojekts BaSiD. Internetdokumentation des Deutschen Präventionstages. Hannover 2014, Hrsg. Hans-Jürgen Kerner, und Erich Marks.

https://www.praeventionstag.de/dokumentation/download.cms?id=1918&datei=Haverkamp-DPT-Beitrag-finalF_1918.pdf

Haverkamp, Rita/ Hecker, Meike/ Hennen, Ina/ Hohendorf, Ines (2020): SiBa Werkzeugkasten der (Kriminal-) Prävention. <https://uni-tuebingen.de/fakultaeten/juristische-fakultaet/lehrstuehle-und-personen/lehrstuehle/lehrstuehle-strafrecht/stiftungsprofessur/haverkamp-rita/projekte/siba/>

Hirtenlehner, Helmut (2009): Kriminalitätsangst – klar abgrenzbare Furcht vor Straftaten oder Projektionsfläche sozialer Unsicherheitslagen? In: Journal für Rechtspolitik 17, S. 13-22.

Knipper, Michael/ Bilgin, Yasar (2009): Migration und Gesundheit.

Sankt Augustin/Berlin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Nieswand, Boris (2021): Konturen einer Moralsoziologie der Migrationsgesellschaft. In: Zeitschrift für Migrationsforschung, 1(1), S.75-95.

Treibel, Annette (2008): Migration. In: Baur, Nina/ Korte, Hermann/ Löw,

Martina/ Schroer, Markus (Hrsg.): Handbuch der Soziologie. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 295-318.

Wimmer, Andreas/ Glick Schiller, Nina (2002): Methodological Nationalism and Beyond: Nation-State Building, Migration and the Social Sciences. In: Global Networks 2, S. 301-334.

¹ vgl. Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen der Integrationsfähigkeit 2021: 14 ff.

² vgl. Knipper & Bilgin 2009: 17

³ vgl. Treibel 2008: 298

⁴ vgl. IOM 2003: 296

⁵ vgl. Statistisches Bundesamt: <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesellschaftStaat/Bevoelkerung/MigrationIntegration/MigrationIntegration.html>

⁶ <https://www.svr-migration.de/glossar/#Integration>

⁷ vgl. Esser 2009: 358.

⁸ vgl. Nieswand 2021: 85.

⁹ vgl. Wimmer/Glick Schiller 2002: 309.

¹⁰ vgl. Georgi 2015: 25.

¹¹ vgl. Fachkommission der Bundesregierung zu den Rahmenbedingungen d. Integrationsfähigkeit 2021: 192.

¹² vgl. Farwick 2012: 381

¹³ vgl. ebd.: 382

¹⁴ vgl. Haverkamp 2016: 95

¹⁵ vgl. Feltes 2008: 253

¹⁶ vgl. Bilsky et al. 2012: 69

¹⁷ vgl. Feltes 2008: 251

¹⁸ vgl. Armbrorst 2018: 4

¹⁹ vgl. Armbrorst 2018: 4 und Feltes 2008: 252

²⁰ vgl. Armbrorst 2018: 4

²¹ vgl. ebd.: 36

²² vgl. Haverkamp 2014a: 18 f.

²³ vgl. ebd.

²⁴ vgl. ebd.: 19

²⁵ vgl. Haverkamp 2015: 53

²⁶ vgl. Haverkamp 2014b: 4

²⁷ vgl. Hirtenlehner 2009: 17